

Teresa Dapp

## Kommunistische Milieus in der Weimarer Republik

### Ein Forschungsbericht

»Die Hochzeit der Forschung über die Arbeiterbewegung und die Arbeiter liegt inzwischen einige Jahre zurück. Auch die Forschung über die Geschichte des deutschen Kommunismus in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts als Teilbereich der Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung hatte ihren Höhepunkt, lange bevor die Wende von 1989 die besseren (westlichen) Ansätze mit den besseren (östlichen) Quellen vereinigte.«<sup>1</sup>

Mit diesen Worten begann im Frühjahr 2004 Ulrich Eumann seine Rezension zu dem von Hermann Weber und Andreas Herbst herausgegebenen biografischen Handbuch deutscher Kommunisten. Tatsächlich ist es erstaunlich, wie unüberschaubar die Menge an Literatur über Sozialisten und Kommunisten bereits 1989 war – und auch, wie wenig sich in der Forschung insbesondere seit Hermann Webers epochemachender Dissertation über die »Wandlung des deutschen Kommunismus«<sup>2</sup> bewegt hatte. Beinhaltete die parteihistorische Erforschung der Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) in Zeiten des Kalten Kriegs auch immer den Aspekt der Gegnerforschung, so hatte die Sozialgeschichtsschreibung zur Weimarer Republik meist deren Ende im Blick, das es zu erklären galt. Vor diesem Hintergrund musste die Geschichte der Kommunisten fast zwangsläufig als eine Geschichte des Scheiterns, des unüberwindbaren Gegensatzes zu den demokratischen Kräften und der »Überwältigung« durch Moskau geschrieben werden.

Nach der Wende wurde eine Fülle an neuem Quellenmaterial zugänglich gemacht, dessen Auswertung bis heute andauert. Zu einem Boom in der sozialhistorischen Kommunismusforschung kam es jedoch nicht sofort, sondern erst 1996 brachte Klaus-Michael Mallmann neuen Schwung in die Diskussion, als er kurzerhand einen Großteil der etablierten Forschungsmeinungen für falsch erklärte und ihnen sein Konzept des Milieu-Avantgarde-Gegensatzes im Weimarer Kommunismus gegenüberstellte.<sup>3</sup> Indem er deutlich machte, dass die Gleichung »Weimarer Kommunisten = Weimarer KPD« nicht aufgeht, lenkte er den Blick auf die Basis der Partei und auf ihr Verhältnis zu den sozialistischen Arbeitern. Er kam zu dem Ergebnis, dass entgegen den Wünschen der kommunistischen »Avantgarde« sich die Basis im Großen und Ganzen weiterhin als ein Teil der Gesamtheit der Arbeiterschaft betrachtete<sup>4</sup>, und sprach von einem »links-proletarischen Milieu«, dem KPD- und SPD-Mitglieder angehörten. Innerhalb dieses Milieus untersuchte er die Sozial-

1 Ulrich Eumann, Rezension zu: *Andreas Herbst/Hermann Weber, Deutsche Kommunisten. Biografisches Handbuch 1918 bis 1945*, Berlin 2004, in: *H-Soz-u-Kult*, 15.7.2004, URL: <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2004-3-039>> [9.1.2010].

2 *Hermann Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik*, 2 Bde., Frankfurt am Main 1969.

3 *Klaus-Michael Mallmann, Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung*, Darmstadt 1996.

4 Mallmann definiert nicht, wen er zur »Avantgarde« zählt. Er versteht darunter jedoch mit Sicherheit weder die Gesamtheit der Partei als »Avantgarde der Arbeiterschaft«, noch eine Funktionselite, der zum Beispiel alle Funktionäre zuzurechnen wären. Ausschlaggebend scheint für ihn dagegen das »Selbstverständnis der deutschen Berufsrevolutionäre als Gralshüter des Avantgardeprinzips« (ebd., S. 73) zu sein. Da Mallmann die »Avantgarde« immer wieder als Akteur auftreten lässt, muss das Fehlen einer konkreten Definition und personellen Eingrenzung als problematisch betrachtet werden.

geschichte der kommunistischen Basis.<sup>5</sup> Demgegenüber steht die ebenfalls bis heute vielfach vertretene These, »daß im internationalen Vergleich die Spaltung der Arbeiterschaft in Deutschland besonders tief ging, ja durch Bürgerkrieg und Blut besiegelt war.«<sup>6</sup>

Der vorliegende Bericht hat zum Ziel, die unterschiedlichen Forschungsmeinungen über das kommunistische Milieu, so es denn existierte, und über das Verhältnis von Kommunisten und Sozialdemokraten gegenüberzustellen und auf ihre Plausibilität hin zu prüfen. An eine kurze Darstellung der Entwicklung des Forschungskonzepts »sozialmoralisches Milieu« und den verwandten Konzepten »politische Teilkultur« und »politisches Lager« schließt sich ein einführender Überblick über die KPD-Forschung (in erster Linie in der Bundesrepublik Deutschland) seit der Nachkriegszeit an. Kapitel I ist der Sozialstruktur der KPD-Mitglieder und des Funktionärsapparats gewidmet. Das Verhältnis zwischen diesen beiden Gruppen, also zwischen Führung und Basis, wird im zweiten Kapitel näher betrachtet, an dieser Stelle kommt auch die These von der »Stalinisierung« der KPD zur Sprache. Kapitel III schildert die Arbeit der KPD in den Betrieben, wo es auch darum ging, die Basis zu organisieren. Nachdem in Kapitel IV die »Sozialfaschismusthese« und die »Einheitsfront« diskutiert worden sind, folgt in den weiteren Kapiteln die Darstellung einzelner Lebensbereiche, die für das Milieu besonders wichtig waren: das Vereinswesen, die vorparteilichen Institutionen und Nebenorganisationen der KPD (V), der Festtagskalender und die Vermittlung von Inhalten durch Symbole (VI) sowie die kommunistische Presse und das Schulungswesen (VII).

#### *Sozialmoralisches Milieu und verwandte Konzepte*

Das Modell des »sozialmoralischen Milieus« hat seine Wurzeln in Jean Améry's kritischer Analyse des Nachkriegskatholizismus. Als umfassendes sozialwissenschaftliches Konzept erstmals definiert hat es M. Rainer Lepsius 1966 in seinem Aufsatz »Parteiensystem und Sozialstruktur: Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft«.<sup>7</sup> Der Begriff bezeichne »soziale Einheiten, die durch eine Koinzidenz mehrerer Strukturdimensionen wie Religion, regionale Tradition, wirtschaftliche Lage, kulturelle Orientierung, schichtspezifische Zusammensetzung [...] gebildet werden.« Das Milieu sei ein »sozio-kulturelles Gebilde, das durch eine spezifische Zuordnung solcher Dimensionen auf einen bestimmten Bevölkerungsteil charakterisiert wird.«<sup>8</sup> Durch die Bindung der Milieus an »konfessionsspezifische, vopolitische und vorindustrielle Wertvorstellungen« würden politische Ziele stets kulturell überformt<sup>9</sup>, es entstünden kaum überwindbare Milieuschranken.

1996 ergänzte Siegfried Weichlein die Definition von Milieus als »Nachhall vormoder-ner Traditionen«, und bezeichnete sie als Versuch, »sekundäre und indirekte Identitäten

5 Insofern ist der Vorwurf Andreas Wirschings, Mallmann bewege sich mit seiner These von einem parteiübergreifenden Milieu »quer zum Forschungsgegenstand«, nicht gerechtfertigt; vgl. *Andreas Wirsching*, »Stalinisierung« oder entideologisierte »Nischengesellschaft«? Alte Einsichten und neue Thesen zum Charakter der KPD in der Weimarer Republik, in: VfZ 45, 1997, S. 449–466, hier: S. 453.

6 *Ders.*, »Hauptfeind Sozialdemokratie« oder »Antifaschistische Aktion«? Die Politik von KPD und Komintern in der Endphase der Weimarer Republik, in: *Heinrich August Winkler* (Hrsg.), *Weimar im Widerstreit. Deutungen der ersten deutschen Republik im geteilten Deutschland*, München 2002, S. 105–130, hier: S. 111.

7 *M. Rainer Lepsius*, *Parteiensystem und Sozialstruktur: Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft*, in: *Wilhelm Abel/Knut Borchardt/Hermann Kellenbenz* u. a. (Hrsg.), *Wirtschaft, Geschichte und Wirtschaftsgeschichte. Festschrift zum 65. Geburtstag von Friedrich Lütge*, Stuttgart/Tübingen etc. 1966, S. 371–393.

8 *Lepsius*, *Parteiensystem*, S. 38.

9 *Ebd.*, S. 35.

aufzubauen und zu erhalten, nachdem der gesellschaftliche Wandel die direkten und primären Identitätsmuster ins Wanken gebracht« habe.<sup>10</sup> Gangolf Hübinger legt in seinem 2008 erschienenen Aufsatz zum »sozialmoralischen Milieu« besonderen Wert darauf, dass Lepsius nicht bereits die Geschichte einer gescheiterten Demokratisierung geschrieben habe. Stattdessen biete er ein »soziologisches Modell mit ›heuristischen Interdependenzannahmen«, welches Historiker für ihre eigenen Analysen komplexer ›Faktorenkonstellationen‹ nutzbar machen können.«<sup>11</sup> Kritisch betrachtet Hübinger die Forderung Karl Rohes, die vier sozialmoralischen Milieus auf ein »Dreilager-System« zu reduzieren, indem protestantisch-liberales und protestantisch-konservatives Milieu zu einem protestantischen Lager zusammengefasst werden, das sich gegen Katholiken und konfessionslose Sozialisten abgrenze.<sup>12</sup> Während das Milieu durch kulturelle Bindekräfte und soziale Klassenslagen zusammengehalten wird, sind es beim Lager die »Anderen«, also die Fremd- und Feindbilder, die Gemeinschaft konstituieren. Hübinger kritisierte das Lager-Modell als zu vereinfachend, da es die folgenschwere Spaltung des Protestantismus außer Acht lasse und regionalen Unterschieden weit weniger Rechnung tragen könne als das Milieukonzept.<sup>13</sup>

Ein weiterer, mit dem sozialmoralischen Milieu verwandter Begriff entstand in der amerikanischen Politikwissenschaft. In Deutschland dagegen wurde das Konzept der »politischen Kultur« zunächst zögerlich rezipiert, hat aber inzwischen vor allem für den Vergleich zwischen autoritären und demokratischen Wertorientierungen eine wichtige Bedeutung erlangt.<sup>14</sup> Nach der Definition Detlef Lehnerts und Klaus Megerles handelt es sich bei politischen Teilkulturen um Gruppierungen,

»die unterhalb der nationalen Ebene aufgrund von verschiedenen Bedingungen (Sozialstruktur, materielle Interessen, Sozialisation, Konfession, regionaler Herkunft usw.) bei zentralen politischen Fragen und im gesellschaftlichen Zusammenleben weitgehend einheitliche Orientierungen aufweisen, Positionen artikulieren sowie Aktivitäten verfolgen und somit in der politischen Sphäre als Kollektiv bestimmt werden können.«<sup>15</sup>

Die Definition weist also große Ähnlichkeit mit Lepsius' »sozialmoralischem Milieu« auf.

Gemeinsam ist den drei Modellen »sozialmoralisches Milieu«, »politisches Lager« und »politische Teilkultur« die analytische Verbindung von Sozialstruktur und Parteiensystem. Jedoch enthalten weder das Lager- noch das Cleavage-Konzept<sup>16</sup> notwendig ein territoriales Definitionselement, während sich der Milieubegriff meistens auf regionale oder gar lokale soziale Beziehungen und Strukturen bezieht.

Der vorliegende Bericht versucht, die Ergebnisse möglichst vieler sozialhistorischer Studien einzubeziehen. Aus pragmatischen Gründen muss daher von einem sehr weit gefassten Milieubegriff ausgegangen werden.

10 *Siegfried Weichlein*, Sozialmilieus und politische Kultur in der Weimarer Republik. Lebenswelt, Vereinskultur, Politik in Hessen, Göttingen 1996, S. 28.

11 *Gangolf Hübinger*, Sozialmoralisches Milieu. Ein Grundbegriff der deutschen Geschichte, in: *Steffen Stigmund/Gert Albert/Agathe Btenfait* u. a. (Hrsg.), Soziale Konstellation und historische Perspektive. Festschrift für M. Rainer Lepsius, Wiesbaden 2008, S. 207–227, hier: S. 211.

12 Vgl. *Karl Rohe*, Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland, Frankfurt am Main 1992.

13 *Hübinger*, Sozialmoralisches Milieu, S. 219 f.

14 Vgl. *Peter Reichel*, Politische Kultur der Bundesrepublik, Opladen 1981.

15 *Detlef Lehnert/Klaus Megerle*, Einleitung, in: *dies.* (Hrsg.), Politische Identität und nationale Gedenktage. Zur politischen Kultur in der Weimarer Republik, Opladen 1989, S. 9–30, hier: S. 15.

16 *Seymour Lipset/Stein Rokkan*, Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments: An Introduction, in: *dies.* (Hrsg.), Party Systems and Voter Alignments. Cross-National Perspectives, New York 1967, S. 1–64.

*Die KPD-Forschung: Ein Überblick*

Monografien und Aufsätze über die Arbeiter, die Arbeiterbewegung und die Arbeiterparteien in der Weimarer Republik sind seit der Nachkriegszeit in einer Masse entstanden, die eine vollständige Erfassung oder gar Auswertung aller Schriften schier unmöglich macht. Die KPD-Geschichtsschreibung war in Ost und West jahrzehntelang besonders stark beeinflusst von den ideologischen Auseinandersetzungen des Kalten Kriegs. Insofern bedeutete das Jahr 1989 einen Einschnitt in zweifacher Hinsicht: Einerseits verloren Herrschaftslegitimation, Rechtfertigungen und Schuldzuweisungen an Bedeutung, andererseits eröffnete sich den Historikern eine Fülle von vormals unzugänglichen Quellen, wie zum Beispiel das Historische Archiv der KPD. Die Historisierung des Gegenstands führte zu einer »Pluralisierung der methodischen Ansätze, der empirischen Befunde und der vorgelegten Interpretationen«.<sup>17</sup>

Bereits drei Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs erschien Ossip K. Flechtheims Werk »Die KPD in der Weimarer Republik«.<sup>18</sup> Er untersuchte vor allem die Führungsebene der Partei, die ideologischen Auseinandersetzungen und Richtungskämpfe, und gab damit für lange Zeit der nachfolgenden Forschung eine Richtung vor: Die KPD- und damit Kommunismusgeschichte der Weimarer Republik wurde in erster Linie als politische Ereignis- und Ideengeschichte geschrieben, während der sozialhistorische Aspekt im Hintergrund blieb.

Sozialhistorische Kommunismusforschung abseits der Partei- und Politikgeschichte wurde allerdings auch betrieben, wenn auch in kleinerem Ausmaß. 1954 erschien Gabriel A. Almonds Studie »The Appeals of Communism«.<sup>19</sup> Anhand von Interviews mit 221 (ehemaligen) Kommunisten kam Almond zu wichtigen, bis heute gültigen Ergebnissen über Zugangswege zur Partei und kommunistischen Identitäten. Bemerkenswert früh vertrat er die These, dass »the Communist movement is not the homogenous community of professional revolutionaries celebrated in the Leninist and Stalinist Classics«.<sup>20</sup>

Angelehnt an Flechtheim, jedoch mit neuer Schwerpunktsetzung, untersuchte Hermann Weber in seiner Dissertation von 1969 die Phase der sogenannten »Stalinisierung« zwischen 1924 und 1929. Er entwarf darin das Bild der KPD als einer »monolithischen, straff disziplinierten und zentralisierten Organisation, in der die Führung mit Hilfe des hierarchisch aufgebauten Parteiapparats [...] die Mitglieder beherrscht und die Politik im Sinne und entsprechend den Weisungen der Stalinschen KPdSU bestimmt«.<sup>21</sup> Webers Arbeit beeinflusste die Kommunismusforschung der 1970er und 1980er Jahre maßgeblich. Viele seiner Ergebnisse sind auch heute noch gültig, solange man sie nicht als vollständiges Bild der Partei versteht, sondern als eine »politische Geschichte des hauptamtlichen Apparats der KPD«.<sup>22</sup>

Sowohl bei Flechtheim als auch bei Weber ist der Blick auf die KPD und ihre Mitglieder durch die begrenzte Auswahl der Quellen geprägt. Flechtheim stützt sich fast ausschließlich auf offiziell veröffentlichte Dokumente, und auch Weber nutzt ausschließlich normative Quellen der Parteiführung, ohne die Umsetzung der gegebenen Anweisungen an der Basis zu verfolgen. Dadurch überschätzt er die Macht des Führungskaders über seine Mitglieder ebenso wie den faktischen Einfluss der KPdSU. Die Mitglieder (und erst recht die nichtorganisierte Wählerschaft) kommen als historische Subjekte bei Weber nicht

17 *Wirsching*, »Stalinisierung«, S. 449.

18 *Ossip K. Flechtheim*, *Die KPD in der Weimarer Republik*, Offenbach 1948.

19 *Gabriel A. Almond*, *The Appeals of Communism*, Princeton, NJ 1954.

20 *Ebd.*, S. IX.

21 *Weber*, *Wandlung*, Bd. 1, S. 8.

22 *Ulrich Eumann*, *Eigenwillige Kohorten der Revolution. Zur regionalen Sozialgeschichte des Kommunismus in der Weimarer Republik*, Frankfurt am Main 2007, S. 15.

vor. In gewissem Sinne fällt er damit auf die Selbstdarstellung und -interpretation der Führungskader herein und übernimmt deren Sicht auf eine unmündige Basis. Diese Verzerrung ist mit Sicherheit auch dem Einfluss der ideologischen Kämpfe während des Kalten Kriegs und der Totalitarismustheorie zuzuschreiben.

1983 erschien Eve Rosenhafts sozialhistorische Untersuchung über politische Gewalt im kommunistischen Milieu Berlins. Die Autorin beschreibt in »Beating the Fascists«<sup>23</sup>, wie sich mit der zunehmenden Arbeitslosigkeit der politische Tätigkeitsschwerpunkt von den Betrieben auf die Straße verschob und thematisiert erstmals ausführlich Beziehungen zwischen Parteiführung und Basis.

Einen weiteren Meilenstein in der Historiografie stellt Heinrich August Winklers dreibändiges Werk über die »Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik« dar.<sup>24</sup> Was die KPD betrifft, folgt Winkler allerdings weitgehend Hermann Weber und misst den Parteimitgliedern ohne Funktionen keine große Bedeutung für die Parteigeschichte bei.

Die DDR-Historiografie hat ebenfalls eine Fülle von Arbeiten zur KPD und ihren Anhängern geliefert. Auch wenn diese mit der »Bürde der Legitimationswissenschaft« belastet sind<sup>25</sup>, so liefern, strukturieren und interpretieren sie doch große Mengen an empirischem Material. Seit den 1950er Jahren war die KPD-Lokalgeschichte ein beliebtes Dissertationsthema an ostdeutschen Universitäten.

1989 stellte Klaus Schönhoven jedoch zu Recht fest:

»Grundsätzlich kranken die meisten Studien zur KPD an ihrer ideologischen Kopflastigkeit. Sie konzentrieren sich fast ausschließlich auf die Führungsgruppen der Partei und nehmen das Mitgliederverhalten nur gebrochen wahr, nämlich so wie es sich in den Rundschreiben und Direktiven widerspiegelte.«<sup>26</sup>

Wird schon die Parteibasis nicht näher betrachtet und gewürdigt, so gilt das noch viel mehr für nicht in der KPD organisierte Kommunisten.

Das Verhältnis der Parteiführung zu ihren Mitgliedern, das bei Rosenhaft sozusagen ein Nebenprodukt der Forschung über politische Gewalt darstellt, untersuchte Klaus-Michael Mallmann ein Jahrzehnt später erstmals systematisch. Die Beziehungen zwischen »Avantgarde« und »Milieu« bilden den wichtigsten Schwerpunkt seiner Arbeit. Mallmann versuchte als erster, eine selbstverständlich nicht vollständige, aber doch möglichst umfassende Sozialgeschichte des Kommunismus zu schreiben. Dabei wendet er sich oft direkt gegen Weber, insbesondere wenn er den Einfluss der Kommunistischen Internationale (Komintern) auf die deutschen Kommunisten weitgehend negiert und die Veränderungen der politischen Linie auf interne Konflikte und unterschiedliche Deutungen des Zeitgeschehens zurückführt.<sup>27</sup> Von vielen Seiten wurde diese Untersuchung allerdings kritisiert. So warf zum Beispiel Andreas Wirsching ihr »gravierende Schwächen« in analytischer, methodischer und interpretatorischer Hinsicht vor.<sup>28</sup> Sigrid Koch-Baumgarten bezeichnete Mallmann als »blind gegenüber den Einflüssen und der Suprematie der Kommunisti-

23 *Eve Rosenhaft*, *Beating the Fascists? The German Communists and Political Violence 1929–1933*, Cambridge 1983.

24 *Heinrich August Winkler*, *Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924*, Berlin 1984; *ders.*, *Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930*, Berlin 1986; *ders.*, *Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933*, Berlin 1987.

25 *Eumann*, *Kohorten*, S. 17.

26 *Klaus Schönhoven*, *Reformismus und Radikalismus. Gespaltene Arbeiterbewegung im Weimarer Sozialstaat*, München 1989, S. 254.

27 Vgl. Kapitel II, Abschnitt »Stalinisierung« der KPD?«

28 *Wirsching*, »Stalinisierung«, S. 453.

schen Internationale.«.<sup>29</sup> Der Großteil der Kritik bezieht sich auf die tendenziöse Auswahl der Quellen, unzulässige Verallgemeinerungen und die Vernachlässigung der Chronologie, also der verschiedenen Phasen in der KPD-Geschichte. Mallmann gelang es dennoch, das scheinbar erschöpfend erforschte Thema des Weimarer Kommunismus wieder interessant zu machen und zahlreiche neue Fragen aufzuwerfen.

In gewissen Punkten ähnelt die nur ein Jahr später erschienene Studie Eric D. Weitz' der Arbeit Mallmanns – auch er beschreibt »the social forces that shaped the strategy and culture of German communism«.<sup>30</sup> Weitz zeigt am Beispiel der Krupp- und BASF-Arbeiter in Essen beziehungsweise Leuna, wie die lokale Politik durch konkrete Lebensumstände und Interessen der Basis geprägt wurde. Auch wenn Weitz die Entwicklung des deutschen Kommunismus über 100 Jahre nachzeichnet, liegt sein Schwerpunkt auf der Weimarer Zeit. Wie Mallmann sieht er die KPD in den Traditionen der wilhelminischen Sozialdemokratie verwurzelt, lässt aber deutlicher als Mallmann auch externe Einflüsse der Komintern gelten.

2007 schließlich erschien Ulrich Eumanns Arbeit über »Die Eigenwillige[n] Kohorten der Revolution«.<sup>31</sup> Während Mallmann die Existenz eines links-proletarischen Milieus und dessen wirksamen Einfluss auf seine Mitglieder voraussetzte, damit aber keine konkrete Analyse der Einbindung der Kommunisten in ein solches Milieu verband, wollte Eumann genau das nachholen. Gleichzeitig hat er für seine Untersuchung fünf sehr unterschiedliche und damit zusammengenommen recht repräsentative Regionen ausgewählt: Berlin, Westsachsen, Oberschlesien, Pommern und das Ruhrgebiet.

Dieser Überblick umfasst nur eine Auswahl der KPD- beziehungsweise Kommunismusforschung. Es existieren unzählige Studien zu speziellen Fragestellungen und mit regionalen oder lokalen Schwerpunkten. Die folgenden Ausführungen beziehen sich schwerpunktmäßig auf die beiden großen und umfassenden sozialhistorischen Studien von Mallmann und Eumann. Zu den einzelnen Themenbereichen wurden jeweils weitere einschlägige Arbeiten herangezogen.

## I. WER WAREN ›DIE KOMMUNISTEN‹?

Mit der Gründung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) im Juni 1917, der KPD am 30. Dezember 1918 und dem Vereinigungsparteitag von KPD und linker USPD im Dezember 1920 manifestierte sich organisatorisch die Spaltung (oder Zergliederung) der Arbeiterbewegung, die bereits vor dem Ersten Weltkrieg begonnen und sich anhand der Frage der Kriegskredite zugespitzt hatte. Die Diskussionen innerhalb der Linken und die institutionellen Folgen sind häufig und in aller Ausführlichkeit dargestellt worden.<sup>32</sup> In den 14 Jahren der Weimarer Republik waren wahrscheinlich mehr als eine Million Menschen für kürzere oder längere Zeit Mitglied der KPD.<sup>33</sup> Die übergroße Mehrheit dieser Mitglieder gehört zu einer quellenmäßig stummen Personen-Gruppe und hat keinerlei persönliche Dokumente über ihr Leben und ihre Parteizugehörigkeit hinterlassen. Noch schwerer zu fassen ist die Menge der unorganisierten Arbeiter,

29 *Sigrid Koch-Baumgarten*, Eine Wende in der Geschichtsschreibung zur KPD in der Weimarer Republik?, in: *IWK* 34, 1998, S. 82–89, hier: S. 86.

30 *Eric D. Weitz*, *Creating German Communism, 1890–1990. From Popular Protest to Socialist State*, Princeton, NJ 1997, S. 5.

31 *Eumann*, *Kohorten*.

32 Vgl. zum Beispiel die Einleitung Hermann Webers in *ders.* (Hrsg.), *Der Gründungsparteitag der KPD. Protokoll und Materialien*, Frankfurt am Main 1969, S. 9–48; *Manfred Scharrer*, *Die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung*, Stuttgart 1985.

33 *Weber*, *Wandlung*, Bd. 1, S. 287.

die kommunistisch wählte. In der Literatur gibt es keine einheitliche Ansicht darüber, ob die KPD-Wähler überhaupt zu den Kommunisten zu zählen sind, oder ob nur Parteimitglieder unter diese Kategorie fallen. Nur KPD-Mitglieder zu betrachten, hat den entscheidenden Vorteil, dass man zumindest für die Jahre 1927 und 1928 dank der Reichskontrollen der KPD einigermaßen verlässliche Datensätze zur Verfügung hat, während über den Sympathisantenkreis der KPD kaum Aussagen getroffen werden können. Jedoch gelang es den Kommunisten trotz beeindruckender Wahlergebnisse nie, zu einer Mitgliederpartei zu werden, so dass eine Beschränkung auf die Mitglieder einen großen Teil des »kommunistischen Milieus«, so dieses denn existierte, ausblendet.

#### *Die Mitglieder der KPD*

Eine kontinuierliche Übersicht über die jährliche Mitgliederentwicklung auf einer einheitlichen Berechnungsgrundlage ist bis heute ein Desiderat. Die in der Forschung angegebenen Mitgliederzahlen der KPD weichen stark voneinander ab. Mallmann bemühte sich, die bei Flechthelm aufgeführten Zahlen weitestgehend zu ergänzen, allerdings beziehen sich einige der Angaben auf eingetragene, andere auf abgerechnete Mitglieder.<sup>34</sup> Damit werden zwei unterschiedliche Kategorien miteinander gleichgesetzt. Allgemein kann als sicher gelten, dass die KPD 1923 einen ersten Höhepunkt bezüglich der Mitgliederzahl erreichte, dann bis 1930 auf einem Niveau von ca. 120.000 bis 130.000 Mitgliedern stagnierte und erst Anfang der 1930er Jahre wieder rapide anwuchs.<sup>35</sup>

Die leider erst ab 1927 durchgeführten Reichskontrollen der KPD bieten umfangreiches Quellenmaterial über die soziale Zusammensetzung der Mitglieder. Hartmann Wunderer, der als einer der ersten die gesammelten Daten komprimiert darstellte, nannte die KPD »hinsichtlich der sozialen Struktur ihrer Mitgliedschaft – und wohl auch der Wählerschaft – die homogenste Partei der Weimarer Republik«. <sup>36</sup> Während Wunderer, Mallmann und Weitz die Ergebnisse noch unreflektiert übernehmen, hat Eumann den historischen Hintergrund dieser Befragungen erstmals untersucht und stellt kritisch fest, dass die Befragungen aufgrund organisatorischer Schwierigkeiten und durch Widerstände in der Mitgliedschaft nicht flächendeckend und zeitgleich durchgeführt wurden.<sup>37</sup>

Der Altersschwerpunkt lag 1927 bei der Gruppe der 31- bis 40-Jährigen, die zwischen 30 und 40 % ausmachten, und unterschied sich damit nicht wesentlich von vergleichbaren Organisationen. 94,6 % der Befragten hatten lediglich die Volksschule besucht, während Hochschulabsolventen kaum zu finden waren. Die Angaben zum Beruf schwanken regional stark. Während zum Beispiel im Ruhrgebiet 81,65 % der Mitglieder in der Industrie arbeiteten, waren es in Berlin-Brandenburg nur 59,27 %. Reichsweit errechnete Durchschnitte verbergen also erhebliche Unterschiede zwischen den Regionen. Das ist vor allem deshalb wichtig, weil die soziale Homogenität und die Art der Arbeit der Mitglieder Einfluss auf das örtliche Milieu hatten.<sup>38</sup>

Ein Großteil der KPD-Mitglieder hatte seine politischen Wurzeln in der Arbeiterbewegung des Kaiserreichs. Bei der Reichskontrolle 1927 gaben 30,88 % der Mitglieder an, vorher in der USPD organisiert gewesen zu sein, in Berlin waren es sogar 39,44 %.<sup>39</sup>

34 Mallmann, *Kommunisten*, S. 87.

35 Vgl. die Berechnungen bei Eumann, *Kohorten*, S. 60 ff.

36 Hartmann Wunderer, *Materialien zur Soziologie der Mitgliedschaft und Wählerschaft der KPD zur Zeit der Weimarer Republik*, in: *Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie*, Bd. 5, Frankfurt am Main 1975, S. 257–281, hier: S. 261.

37 Mallmann, *Kommunisten*, Abschnitt 3.2; Weitz, *Communism*, S. 245; Eumann, *Kohorten*, S. 65 ff.

38 Eumann, *Kohorten*, S. 69 ff.

39 Ebd., S. 40.

Mallmann addiert zu den 30,88 % der ehemaligen Unabhängigen noch die 30,27 % der Mitglieder, die 1927 angaben, vor ihrem Beitritt bei der SPD gewesen zu sein, und kommt zu dem Schluss, dass »61 Prozent aller Kommunisten [...] radikalisierte Sozialdemokraten waren«. <sup>40</sup> Damit greift er aber möglicherweise etwas zu hoch, denn bereits bei der Auswertung der Reichskontrolle 1928 war auf Doppelmitgliedschaften hingewiesen worden. Allgemein wird in der Forschung jedoch davon ausgegangen, dass der Großteil der USPD-Mitglieder erst durch den Ersten Weltkrieg politisiert wurde und sich der Partei anschloss, ohne zuvor in der SPD organisiert gewesen zu sein. Ulrich Eumann errechnete ebenfalls, dass maximal 38,85 % der KPD-Mitglieder von 1927 ihre politische Sozialisation erst in der KPD selbst erlebt haben, alle anderen waren ehemalige SPD- und/oder USPD-Mitglieder. <sup>41</sup>

Mallmann betont zu Recht das hohe Qualifikationsniveau zumindest der frühen KPD-Mitglieder, das sich nicht kategorial von demjenigen der SPD-Mitglieder unterschied. Die heute immer noch landläufige Meinung, die Kommunisten hätten »stärkeren Einfluß unter der zunehmenden Zahl der Erwerbslosen, die Sozialdemokraten bei den Beschäftigten« gehabt <sup>42</sup>, ist damit widerlegt – diese Tendenz kann erst während und nach der Weltwirtschaftskrise festgestellt werden. <sup>43</sup> Allerdings liegen nach der zweiten Reichskontrolle 1928 nur noch punktuelle Daten vor, die aufgrund der enormen Fluktuation der KPD-Mitgliedschaft außerdem geringen Aussagewert besitzen. Wenn man davon ausgeht, dass es vor allem die jüngeren unter den neu eingetretenen Genossen waren, die sich nach relativ kurzer Zeit wieder von der Partei abwandten, müsste die bisher in der Literatur vorherrschende Meinung, nach der sich das Durchschnittsalter der KPD-Mitglieder während der Weltwirtschaftskrise stark verjüngte, relativiert werden. Die Frage nach der Altersstruktur in den letzten vier Jahren der KPD lässt sich auf der Basis des bisher bekannten Materials nicht eindeutig klären. <sup>44</sup>

Wie in allen anderen Parteien auch teilten sich die Mitglieder in »Karteileichen«, Aktivistinnen ohne Funktion, ehrenamtliche Funktionäre und Berufsfunktionäre. Zahlreiche Belege über passive Mitglieder in der Partei (und den Ärger der Funktionäre darüber) liefern insbesondere Mallmann und Eumann. Konkrete Zahlen sind kaum zu finden, Eumann kommt nach der Auswertung verschiedener Angaben aus den Bezirken auf ca. 60 % passiver Mitglieder und reichsweit 21 % ehrenamtlicher Funktionäre, hält diese Zahlen allerdings für geschönt. <sup>45</sup> Die Ergebnisse aus den Auswertungen der Reichskontrollen sind also insgesamt eher mager und zudem nicht einmal zuverlässig. Widerlegt ist nur, dass die KPD eine junge Partei von Arbeitslosen war; vielmehr war sie mit großen regionalen Unterschieden in der ganzen Arbeiterschaft verankert.

Zusammenfassend bleibt festzustellen, dass über die Mitglieder der KPD bislang wenig, über ihre Anhänger und Wähler fast nichts gesagt werden kann, was über regional begrenzte Angaben und punktuelle Stichproben hinausginge.

### *Der Funktionärsapparat*

Die Forschungen zur sozialen Zusammensetzung des Funktionärsapparats der KPD sind weitaus detaillierter, was der breiteren Quellenbasis zu verdanken ist. 2004 erst erschien mit dem Handbuch »Deutsche Kommunisten« von Hermann Weber und Andreas Herbst

40 Mallmann, *Kommunisten*, S. 118.

41 Eumann, *Kohorten*, S. 42.

42 Georg Fülberth, *Die Beziehungen zwischen SPD und KPD in der Kommunalpolitik der Weimarer Periode 1918/19 bis 1933*, Köln 1985, S. 245.

43 Diese Einsicht ist allerdings nicht neu; vgl. Flechtheim, *KPD*, S. 316; Winkler, *Schein*, S. 445 ff.

44 Eumann, *Kohorten*, S. 86; Mallmann, *Kommunisten*, S. 108.

45 Eumann, *Kohorten*, S. 281 ff.



ein fast 1.000 Seiten umfassender Überblick über die biografischen Daten von 1.400 Parteifunktionären der Zeit zwischen 1918 und 1945.<sup>46</sup> Leider enthält das Buch keine sozialstatistische Auswertung des Materials. Zentrale Fragen, wie etwa nach der sozialen Herkunft der KPD-Funktionäre, ihren Beitrittswegen, den Kriterien der Rekrutierung des hauptamtlichen Personals und seinen Karrierewegen, bleiben unbeantwortet. Dennoch zeigen die Einträge des Handbuchs »einmal mehr die doppelte Herkunft der KPD aus der Vorkriegssozialdemokratie und der Urkatastrophe des Ersten Weltkriegs«. <sup>47</sup> Für diejenigen Funktionäre, die nicht aus Arbeiterfamilien stammten, war der Weltkrieg das Erlebnis, das ihre Politisierung oder einen Radikalisierungsschub auslöste. Wer aus proletarischen Verhältnissen stammte, war in der Regel schon vor dem Krieg Mitglied der SPD und der Gewerkschaft gewesen. Die ebenfalls durch das Kriegserlebnis ausgelöste Radikalisierung führte die meisten späteren Funktionäre über die USPD 1920 in die KPD.

Hermann Weber untersuchte bereits 1969 die biografischen Daten von 504 der ca. 550 führenden Funktionäre zwischen 1924 und 1929 und stellte fest, dass unter den Berufsrevolutionären die gelernten Arbeiter über-, die ungelerten dagegen unterrepräsentiert waren.<sup>48</sup> Mit einem Akademikeranteil von 18 % und 11 % Angestellten waren auch diese beiden Gruppen prozentual erheblich stärker vertreten als in der Basis. Die Altersschichtung entsprach dagegen weitgehend derjenigen der Gesamtheit der Mitglieder, nur die unter 25-Jährigen waren auf der Führungsebene – wenig erstaunlich – unterrepräsentiert. 49 % des KPD-Führungskorps hatten bis 1920 der USPD angehört, die meisten von ihnen waren ehemalige SPD-Mitglieder, im Gegensatz zu einem Anteil von nur 33 % ursprünglicher KPD-Mitglieder. Für die Zeit nach der ultralinken Wende 1929 diagnostiziert Klaus-Michael Mallmann einen Trend hin zur Professionalisierung einerseits, zur Verjüngung der Führungskader und, damit einhergehend, zur Enttraditionalisierung andererseits. So sei der Typus des »noch nicht 30-jährigen Polleiters in Mode« gekommen, der eine Parteikarriere hinter sich hatte und mit der vorkommunistischen Arbeiterbewegung im Kaiserreich nicht oder kaum in Berührung gekommen war.<sup>49</sup> Bis zu diesem – bis heute noch nicht näher untersuchten – Traditionsbruch scheint die Funktionärebene der Gesamtmitgliedschaft in ihrer Zusammensetzung ähnlicher gewesen zu sein.

## II. VERHÄLTNIS VON PARTEIFÜHRUNG, FUNKTIONÄREN UND BASIS

### »Avantgarde« und Basis – Befehlskette oder Kleinkrieg?

Auf dem Vereinigungsparteitag 1920 setzte sich in den Organisationsatzungen das Konzept des »demokratischen Zentralismus« durch. Damit war die Zentrale nicht nur für die politische und organisatorische Leitung der Partei verantwortlich, ihr oblag auch die Kontrolle sämtlicher Organe und Funktionäre. Ob und in welchem Maße diese Kontrolle von oben nach unten funktionierte, ist eine in der KPD-Forschung kontrovers diskutierte Frage.

Anhand von Protokollen der Bezirksleitungssitzungen im Saarland zeigt Mallmann auf, dass der Beschluss der Zentrale von 1925, Kontrolleure einzusetzen, um den organisatorischen Zustand der Bezirke zu überprüfen, »zwar ein deutliches Zeichen des Mißtrauens, insgesamt aber eher ein Bluff« war<sup>50</sup>, da für eine effektive Kontrolle die Finanzmittel und

46 Hermann Weber/Andreas Herbst, Deutsche Kommunisten. Biografisches Handbuch 1918 bis 1945, Berlin 2004.

47 Eumann, Rezension zu: Weber/Herbst, Deutsche Kommunisten.

48 Weber, Wandlung, Bd. 2, S. 26–36.

49 Mallmann, Kommunisten, S. 143.

50 Ebd., S. 148.

eine ausreichende Personalausstattung fehlten. Geld- und Personalmangel bremsten auf allen Ebenen der Parteiorganisation die Effektivität der Arbeit.

Die Versuche der »Avantgarde«, die Parteibasis zu disziplinieren und die Parteiorganisation zu straffen, ergeben nach Mallmann das Bild eines »stetigen Kleinkriegs gegen die eigenen Mitglieder«<sup>51</sup>, der unweigerlich zur »Entfremdung zwischen Führung und Basis« führte.<sup>52</sup> Seitens der einfachen Parteimitglieder regierte demnach Gleichgültigkeit bis Ignoranz sowohl den Anweisungen der Funktionäre als auch theoretischen Diskussionen und dem jahrelangen Ringen um die Parteilinie gegenüber. Dazu kam ein tiefes Misstrauen insbesondere in finanziellen Fragen. Formen des Protests der Mitglieder waren neben schlichter Nichtbeachtung von Direktiven und beschönigenden Berichten an die Zentrale auch das Zerreißen des Parteibuchs und Parteiaustritt, selbst zu Handgreiflichkeiten kam es gelegentlich. Mallmann führt diesen Gegensatz zwischen Parteilite beziehungsweise Funktionären und Basis insbesondere darauf zurück, dass den einfachen Parteimitgliedern »das lokale Hemd« näher war als »der bezirkliche Rock oder gar der nationale Mantel«.<sup>53</sup> Daraus ergab sich eine den Zielen der »Avantgarde« widersprechende Sichtweise auf die Partearbeit: Während die Elite sich vor allem um die Parteilinie bemühte und in Abweichungen von der kommunistischen Ideologie die Hauptgefahr erblickte, stand für die Basis die Mehrheitsfähigkeit auf ihrem Terrain im Mittelpunkt. Die Ansässigen waren es, nicht die Zentrale in Berlin, die sich in ihren Heimatbezirken und -betrieben auskannten. Daraus leiteten die Mitglieder für sich das Recht auf eine den lokalen Bedingungen angepasste »Exegese der Generallinie« ab.<sup>54</sup>

Die Parteiführung fand für das »Versagen« in den Bezirken rasch eine Erklärung: die Theorie vom Parteifeind in den eigenen Reihen, die sich zu einer umfassenden Verschwörungstheorie ausbauen ließ. Als Konsequenz aus diesem Erklärungsmodell galt darum die »Säuberung« der Partei von Verrätern als Voraussetzung für künftige Siege, innerparteiliche Widersacher wurden als »Verbrecher« bezeichnet, die »erledigt« werden müssten.<sup>55</sup> Ein zweiter, weniger radikaler Erklärungsansatz beruhte auf der Annahme, die Mitglieder seien »black boxes«, die einfach im Sinne der Parteiführung programmiert werden könnten. Wenn sie nicht so funktionierten, wie sie sollten, lag das aus Sicht der Funktionäre häufig nur an fehlenden Informationen und mangelndem Verständnis für die politische Lage. In manchen Fällen mochte diese »Aufklärungshypothese« zutreffen, durch ihre »offenbar durch keinerlei Kriterien beschränkte wahllose Verwendung« wurde sie aber zu einer »naiven Form der Komplexitätsreduzierung«.<sup>56</sup>

Andreas Wirsching hat darauf hingewiesen, dass aufgrund ihrer Protesthaltung ausgetretene oder ausgeschlossene Mitglieder »eben *nicht* mehr Kommunisten waren«, und relativiert damit den Spielraum, den die Basis den Direktiven gegenüber hatte.<sup>57</sup> Seiner Ansicht nach hatte man die Wahl, der Parteiführung zu folgen oder die kommunistische Identität aufzugeben. Hier tritt wieder die bereits erwähnte Schwierigkeit bei der Definition »der Kommunisten« zutage – wenn Kommunist zu sein nur bedeutete, der kommunistischen Partei anzugehören und im Großen und Ganzen der Parteilinie zu folgen, so muss Mallmanns »Autonomie der Basis« als stark übertrieben bezeichnet werden. Betrachtet man aber das Selbstverständnis des Einzelnen als grundlegend, so konnte auch Kommunist sein, wer nicht (mehr) der KPD angehörte und sie möglicherweise nicht einmal wählte. Leider macht Mallmann an keiner Stelle deutlich, wen er zu den Kommunisten zählt.

51 Ebd., S. 153 f.

52 Ebd., S. 157.

53 Ebd., S. 154.

54 Ebd.

55 Ebd., S. 146.

56 Eumann, Kohorten, S. 23.

57 Wirsching, »Stalinisierung«, S. 454.

Auf die Schwierigkeiten, die ein erweiterter Kommunisten-Begriff mit sich bringt, wurde bereits eingegangen.

»Stalinisierung« der KPD?

Die Frage, in welchem Verhältnis die Basis zur KPD-Führung stand, ob die Zentrale über ihre Funktionäre »durchregieren« konnte oder ob es Spielräume für autonomes Handeln in den Bezirken gab, steht in unmittelbarer Verbindung zur Stalinisierungs-These, die Hermann Weber 1969 aufgestellt hat und die lange Zeit die Forschung zur KPD dominierte. Sie geht von einer zunehmenden Abhängigkeit der KPD von der Komintern und der UdSSR sowie der Zentralisierung und Herrschaft des Parteiapparats aus. Weber stellt die »Stalinisierung« in doppelter Hinsicht in eine kritische Perspektive: Erstens habe erst sie die zweite ultralinke Wende der KPD 1928/29 ermöglicht. Die mit ihr einhergehende Erklärung der »sozialfaschistischen« SPD zum Hauptfeind und damit die Unterschätzung der vom Nationalsozialismus ausgehenden Gefahr hätten maßgeblich zum Untergang der Weimarer Republik beigetragen.<sup>58</sup> Zweitens habe im Zuge der »Stalinisierung« der »bürokratisch-diktatorische« Kommunismus die ebenfalls vorhandenen Potenziale des »revolutionären« und des »demokratischen« Kommunismus (verkörpert durch Karl Liebknecht beziehungsweise Rosa Luxemburg) verschüttet, die in der Frühzeit der KPD noch dominiert und eine »erhebliche Chance« gehabt hätten.<sup>59</sup>

1983 widersprach Eve Rosenhaft der Stalinisierungs-These, indem sie die Bedeutung der soziokulturellen Milieus hervorhob, die ihrer Ansicht nach sehr viel mehr Einfluss auf die Konflikte hatten als das kommunistische Parteiprogramm.<sup>60</sup> Als Korrektiv der Stalinisierungs-These konnte Rosenhafts Studie sich jedoch nicht durchsetzen, drei Jahre später konstatierte Sigrid Baumgarten nach wie vor eine »von ihnen [das heißt von den Mitgliedern an der Basis] selbst nicht mehr zu beeinflussende Praxis« in der KPD, abweichendes Verhalten dagegen betrachtet sie als »Ausnahme«.<sup>61</sup>

Im Jahr 1996 schließlich wandte sich Mallmann mit seiner oben erläuterten These vom Gegensatz zwischen Milieu und »Avantgarde« und der damit einhergehenden relativen Autonomie der Basis explizit gegen die Stalinisierungs-These – Andreas Wirsching bezeichnete Mallmann gar als einen »Anti-Weber«.<sup>62</sup> »Die Einführung des Kadavergehorsams, die Metamorphose der Partei zur roten Armee war der Wunschtraum der deutschen Berufsrevolutionäre, Realität aber wurde er nie«.<sup>63</sup> Die Straffung der innerparteilichen Organisation, die Parteiausschlüsse und Disziplinierungsmaßnahmen seien außerdem »die Entfaltung eines immanenten Strukturprinzips« gewesen, und »keine Übermächtigung von außen«.<sup>64</sup> Kurz gesagt: »Es bedurfte nicht Stalins, um die KPD zu »stalinisieren«.<sup>65</sup> Sowohl die rigide Sprache als auch die Vernichtungsphantasien »antizipierten zwar intellektuell die Stalinschen Liquidationen«, seien aber »Eigenprodukte«, entsprungen aus der zunehmenden Frustration seitens der Elite. Auch nach 1929, als derartige Formulierungen in den Dokumenten an Zahl und Heftigkeit zunahmen, sei dies lediglich eine Wiederaufnahme der bereits 1918 entstandenen Sprach- und Denkmuster gewesen, aber »kein Indiz einer gelungenen »Stalinisierung« der KPD«.<sup>66</sup>

58 Weber, *Wandlung*, Bd. 1, S. 239 ff.

59 Ebd., S. 13 ff.

60 Rosenhaft, *Beating*, S. IX.

61 Sigrid Koch-Baumgarten, *Aufstand der Avantgarde. Die Märzaktion der KPD 1921, Frankfurt am Main 1986*, S. 32 und 46.

62 Wirsching, »Stalinisierung«, S. 450.

63 Mallmann, *Kommunisten*, S. 164.

64 Ebd., S. 154.

65 Ebd., S. 67.

66 Ebd., S. 146.

Mallmann demontiert die Stalinisierungs-These damit auf zweierlei Weise: Weder wurde der KPD der Prozess, den Weber »Stalinisierung« nennt, von den Bolschewiki aufgezwungen, noch gelang es, eine straffe Parteidisziplin über den Funktionärsapparat hinaus durchzusetzen. Ein weiterer entscheidender Unterschied zu Weber besteht darin, dass dieser die »Stalinisierung« der Partei nicht als zwangsläufiges Resultat der kommunistischen Identität und der Verpflichtung auf das »Erfolgsmodell« der bolschewistischen Revolution betrachtet, sie sei »schwerlich als notwendiger und unumgänglicher, ja wohl nicht einmal als folgerichtiger Werdegang des deutschen Kommunismus zu begreifen«. <sup>67</sup> Mallmann dagegen bezeichnet den Stalinisierungsprozess als »Entfaltung eines immanenten Strukturprinzips« und kommt damit Andreas Wirsching zufolge »der historischen Realität weitaus näher«. <sup>68</sup>

Wirsching verwirft an dieser Stelle allerdings den Stalinisierungs-Begriff als Ganzes. Die inhaltlich-ontologische Orientierung an der proletarischen Revolution mit ihrem bolschewistischen »Erfolgsmodell« impliziere notwendig die Anerkennung der Bolschewiki als höchste Entscheidungsinstanz, es habe keinen »besseren«, frühen Kommunismus gegeben, sondern die Keime zur Apparatherrschaft und zur immer stärkeren Abhängigkeit von Moskau seien bereits in den Jahren 1919 und 1920 gelegt worden. Wirsching ist überzeugt, dass die »Unterwerfung des europäischen Kommunismus unter die Moskauer Zentrale keineswegs auf exogene Faktoren zurückzuführen ist, wie auf je unterschiedliche Weise Herrmann Weber und Klaus-Michael Mallmann argumentiert haben«. Stattdessen sei sie Ergebnis »einer strukturimmanenten Zwangsläufigkeit, die ihrerseits den totalitären Kern des Kommunismus offenbarte und bereits durch Lenin und die Russische Oktoberrevolution in Gang gesetzt wurde«. <sup>69</sup> Dies alles habe mit Stalin noch nichts, mit leninistischen Organisationsprinzipien jedoch bereits sehr viel zu tun gehabt. »Man sollte daher weniger von »Stalinisierung« sprechen, als von einer sehr frühen Bolschewisierung der KPD ausgehen«. <sup>70</sup>

Abseits der großen Thesen von »Stalinisierung« und »Bolschewisierung« sei hier noch die 2007 erschienene Studie Bert Hoppes genannt, die sich mit dem Verhältnis zwischen Sowjetunion und KPD in den Jahren 1928 bis 1933 auseinandersetzt. Auf breiter Quellenbasis untersucht Hoppe, welche persönlichen Seilschaften, Konflikte und Abhängigkeiten den Einfluss Moskaus auf den deutschen Kommunismus ermöglichten und sicherten, aber auch begrenzten. Durch die Schilderung der Atmosphäre in den Beziehungen zwischen deutschen und sowjetischen Funktionären gelingt es Hoppe, viel über die Machtbeziehungen innerhalb der kommunistischen Bewegung zu offenbaren, und so kann er Rückschlüsse ziehen »auf die unmittelbaren Einfluss- und Sanktionsmöglichkeiten der Führung der Komintern [...] gegenüber den deutschen Kommunisten und auf die Disziplinierungs- und Herrschaftstechniken Moskaus«. <sup>71</sup> Er zeigt auch, dass das Verhältnis zwischen den deutschen und sowjetischen Kommunisten aufgrund ihrer unterschiedlichen politischen Sozialisation häufig von Missverständnissen und Argwohn geprägt war. Der Autor hat sich auf die Untersuchung des Funktionärsapparats beschränkt und geht auf die Basis nicht weiter ein, insbesondere untersucht er die persönlichen Handlungsspielräume und das Resistenzpotenzial der Amtsträger. Auch wenn Hoppe zahlreiche Beispiele für Verweigerung

67 Weber, *Wandlung*, Bd. 1, S. 12.

68 Wirsching, »Stalinisierung«, S. 463.

69 Andreas Wirsching, KPD und P. F. C. zwischen »Bolschewisierung« und »Stalinisierung«. Sowjet-Rußland, die Kommunistische Internationale und die Entwicklung des deutschen und französischen Kommunismus zwischen den Weltkriegen, in: *Ilja Mieck/Pierre Guillen* (Hrsg.), *Deutschland – Frankreich – Rußland. Begegnungen und Konfrontation*, München 2000, S. 277–292, hier: S. 291 f.

70 Wirsching, »Stalinisierung«, S. 464 f.

71 Bert Hoppe, *In Stalins Gefolgschaft. Moskau und die KPD 1928–1933*, München 2007, S. 15.

und Widerstand auf deutscher Seite gefunden hat, zeichnet er insgesamt doch ein stark von Druck und Hörigkeit geprägtes Bild: »Natürlich begehrten die deutschen Funktionäre immer wieder auf, doch letztlich erwiesen sie sich bis zum bitteren Ende als loyale Gefolgsleute des sowjetischen Diktators«. <sup>72</sup>

### III. DIE KOMMUNISTEN IN DEN BETRIEBEN

Die Quellenbasis zur betrieblichen Verankerung der KPD-Basis ist relativ dünn. Vor allem über die Zeit vor 1927 liegen kaum Angaben vor. Nach den Reichskontrollen von 1927 und 1928 waren 62,3 % der Parteimitglieder in Betrieben tätig. Angesichts der bei der Volkszählung von 1925 ermittelten mehr als 13 Millionen Arbeiter in Industrie und Handwerk standen sie damit auf verlorenem Posten. <sup>73</sup> Ca. 80 % der Betriebsarbeiter waren in kleinen und mittleren Betrieben mit bis zu 1.000 Mitarbeitern beschäftigt, jedes fünfte Parteimitglied war in einem Betrieb mit bis zu 50 Arbeitern tätig. <sup>74</sup> Eine Ausnahme bildet das Ruhrgebiet, wo knapp zwei Drittel der KPD-Mitglieder in Großbetrieben arbeiteten.

#### *Die Betriebszellen-Politik der KPD*

Die Betriebszellen stellten laut KPD-Führung das Zentrum des Klassenkampfes dar. Nachdem die KPD zunächst die Organisationseinheit der Wohnbezirke von der SPD des Kaiserreichs übernommen hatte, wurde ab 1923 intensiv der Aufbau von Betriebszellen nach dem Vorbild der Sowjetunion betrieben. Gemeinsam in einem Betrieb arbeitende Genossen hatten die Aufgabe, sich in Zellen zu organisieren. Großbetriebe sollten den Anfang machen. Inwieweit diese neu gegründeten Zellen (es waren auch umgewidmete USPD-Betriebsfraktionen dabei) ein eigenes organisatorisches Leben entfalten konnten, ist nicht mehr festzustellen. Sicher ist dagegen, dass die Ereignisse um den Hamburger Aufstand im Oktober 1923, die darauf folgenden Diskussionen in der Partei und das Parteiverbot von November 1923 bis Februar 1924 in Verbindung mit der zunehmenden Arbeitslosigkeit unter den Parteimitgliedern diese ersten Ansätze einer Betriebszellenstruktur im Sande verlaufen ließ.

Auf dem 9. Parteitag der KPD im April 1924 wurde erneut festgelegt, dass der Schwerpunkt der politischen Organisationsarbeit in die Betriebszellen verlegt werden müsse. Die führenden Funktionäre erhofften sich davon allgemein eine größere Aktivität der Mitglieder, einen engeren Kontakt mit den »Massen« und die Eroberung betrieblicher und gewerkschaftlicher Mandate, um ökonomische Kämpfe der Belegschaften führen zu können. Eumann vermutet außerdem, dass die bessere Kontrolle der Basis ein wichtiger Grund für diese Entscheidung gewesen ist. <sup>75</sup>

Die Umsetzung der von der Parteispitze beschlossenen Zellenpolitik verlief keineswegs reibungslos. In zahlreichen Orten kam es zu Widerspruch bis hin zu Parteiaustritten. Auch den Unternehmern gefiel es nicht, dass sich die Kommunisten in den Betrieben stärker organisieren sollten, es kam zu Entlassungen. Der Zeitpunkt der Umstellung war ohnehin unglücklich gewählt, da die Arbeitslosigkeit seit Ende 1923 unverändert hoch war und eine pessimistische Stimmung vorherrschte; die meisten Arbeiter wollten ihren Arbeitsplatz nicht riskieren. Einige Parteimitglieder versuchten daher, sich in den Betrieben unsichtbar zu machen, so dass nur ca. 25 bis 50 % der Kommunisten in den Betrieben sich überhaupt für die Betriebszellenorganisation erfassen ließen. <sup>76</sup> Ortsgruppenfunktionäre,

72 Ebd., S. 366.

73 Eumann, Kohorten, S. 312.

74 Weichlein, Sozialmilieus, S. 299.

75 Eumann, Kohorten, S. 260.

76 Ebd., S. 261.

die der Reorganisation unwillig gegenüberstanden, behaupteten gern, dass in ihren Bezirken keine infrage kommenden Betriebe vorhanden seien, oder stellten die Gegenmaßnahmen der Unternehmer besonders dramatisch dar. Die Berichte aus den verschiedenen Bezirken ähneln sich in dieser Hinsicht. Parallel organisierte Straßenzellen, die eigentlich nur für diejenigen Kommunisten gedacht waren, die nicht in Betrieben arbeiteten, wurden zum Sammelbecken der Betriebszellegegner.

An diesen Problemen änderte sich über die Jahre nichts. Eumann konnte denn auch in keinem der fünf von ihm untersuchten Bezirke ein Dokument finden, in dem der Umbau der Partei auf Betriebszellen als abgeschlossen bezeichnet wurde. In den meisten Bezirken stagnierte die Zahl der Betriebszellen zwischen 1925 und 1930. Die »Bolschewisierung« wurde zum »unvollendeten Dauerprojekt«. <sup>77</sup> Zusätzlich trug der jahrelange vergebliche Kampf um die Reorganisation, so Mallmann, zur Milieuerosion bei, »indem er die örtlichen Organisationen unterminierte, die lokalen Vernetzungen schwächte und in ihrer Bedeutung herabsetzte«. <sup>78</sup>

#### *Die Gewerkschaftspolitik der KPD und ihr Scheitern*

Die Tätigkeit in den Freien Gewerkschaften war über die Jahre unbestritten der wichtigste Pfeiler der Parteiarbeit. Allein durch ihre Größe und ihren »Kampfcharakter« nahmen die Gewerkschaften eine Sonderrolle ein. Trotz wechselnder Schwerpunktsetzungen bestand das Ziel der KPD, ausgesprochen oder nicht, darin, die Freien Gewerkschaften durch Fraktionsarbeit von innen heraus zu erobern. Die große Bedeutung der Gewerkschaftsarbeit für die Geschichte der KPD ist von der Forschung ausreichend gewürdigt worden. Vergeblich sucht man allerdings umfassende quantitative Angaben zum Organisationsgrad der Parteimitglieder.

Der Anteil organisierter Gewerkschafter an der KPD-Mitgliedschaft war regional sehr unterschiedlich, je nach dem, wie sich Sozialdemokratie und Freie Gewerkschaften dort während des Kaiserreichs entwickelt hatten. Die Reichskontrolle von 1927 ergab, dass 61,7 % der KPD-Mitglieder (nichterwerbstätige mit eingerechnet) gewerkschaftlich organisiert waren. Damit lag der Organisationsgrad deutlich höher als derjenige der Arbeiter insgesamt (30,7 %). Allerdings betrug ihr Anteil an den über vier Millionen in den Verbänden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds (ADGB) organisierten Mitgliedern gerade einmal 1,72 %, was eine »Eroberung« recht aussichtslos machte, auch wenn die KPD-Mitglieder unter den Gewerkschaftsfunktionären überrepräsentiert waren. <sup>79</sup> Die Kräfteverhältnisse innerhalb der Gewerkschaften trugen in hohem Maße zur spezifischen Milieubindung der Kommunisten bei und definierten wesentlich ihre Position in der lokalen Gesellschaft.

1924 änderte sich der gewerkschaftspolitische Kurs der KPD unter der Führung von Ruth Fischer und Arkadij Maslow von der »Eroberungslinie« hin zum Aufbau eigener kommunistischer Gewerkschaften. Bereits auf dem 10. Parteitag 1925 kehrte man aber zur alten Strategie zurück. Während der dreijährigen realpolitischen Phase der KPD bis 1928 war ein Großteil der Mitglieder gewerkschaftlich organisiert, die große Mehrheit gehörte den Freien Gewerkschaften an. Der zwischenzeitliche wirtschaftliche Aufschwung brachte wieder mehr Kommunisten in die Betriebe und erweiterte die Spielräume für Verteilungskämpfe, jedoch blieb die Zielsetzung der »Eroberung von innen« unrealistisch. <sup>80</sup> Dafür gab es mehrere Gründe: die Unwilligkeit der Genossen, sich zu Fraktionen zusammenzuschließen, den Widerstand vieler langjähriger Gewerkschafter gegen das Hineintra-

<sup>77</sup> Ebd., S. 267.

<sup>78</sup> Mallmann, *Kommunisten*, S. 312.

<sup>79</sup> Eumann, *Kohorten*, S. 197.

<sup>80</sup> Ebd., S. 301.

gen von Parteipolitik in die Verbände und die Gegenmaßnahmen der Freien Gewerkschaften selbst, die sich gegen die kommunistischen Übernahmepläne wehrten. Für das Verhältnis zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten war die Gewerkschaftsarbeit bedeutend: Durch sie ergaben sich »mannigfaltige Berührungspunkte [...] und der Zwang zur konkreten Interessenvertretung vor Ort«. <sup>81</sup> Gerade in der Gewerkschaftspolitik schien es keinen Platz für ideologische Streitigkeiten zu geben, weil hier klar die Tagespolitik und konkrete Probleme im Vordergrund standen.

Allgemein mussten die Freien Gewerkschaften in den 1920er Jahren einen starken Mitglieder- und Bedeutungsverlust hinnehmen, der sich in der Weltwirtschaftskrise noch steigerte. Betrachtet man die Gewerkschaften hinsichtlich ihrer Bedeutung für das Milieu, so bleibt ein ambivalenter Eindruck zurück: Einerseits war dort das revolutionäre wie das reformistisch gesinnte Potenzial der Arbeiterbewegung nahezu vollständig organisiert, kann man die Gewerkschaften mit Mallmann als »institutionalisierten Debattierzirkel, [...] in dem die Artikulation und Durchsetzung gemeinsamer Interessen versucht wurde«, bezeichnen. <sup>82</sup> Andererseits implizierte der reichsweite Mitglieder- und Machtverlust eine Schwächung der zunächst noch bedeutsamen Brücken- und Interaktionsfunktion der Freien Gewerkschaften.

Einen folgenschweren Wendepunkt bedeutete der Linienwechsel von 1928/29. Die Weltwirtschaftskrise bewirkte einen Rückgang der kommunistischen Organisationsquote, viele Mitglieder traten aus den Verbänden aus, sobald sie ihre Arbeit verloren. Die »Gewerkschaftsfrage« stand auf der politischen Tagesordnung der KPD, da hier die letzte organisatorische Verbindung zur Sozialdemokratie lag. Nun wurde der Aufbau kommunistischer Gegengewerkschaften (der »revolutionären Gewerkschaftsopposition«, RGO) betrieben. <sup>83</sup> Da sie aber in erster Linie eine Gewerkschaft von arbeitslosen und damit nicht beitragszahlenden Kommunisten war, blieb sie ohne großen Einfluss. Auch Weichlein konnte zum Beispiel »für eine umfassende Neuorganisation der Hanauer Metallarbeiter in der RGO und für einen Erfolg der Betriebszellenkampagne keine Belege« finden. <sup>84</sup> Die in den Freien Gewerkschaften verbliebenen Kommunisten wurden von der Parteiführung dazu gedrängt, auf eigenen »roten Listen« für die Betriebsräte zu kandidieren und möglichst bei jedem Streik die Führung zu übernehmen. Damit sorgte die Parteispitze selbst für den Rückzug der KPD aus den Freien Gewerkschaften, da sie die Genossen zu einem Verhalten zwang, dass den Ausschluss zur Folge haben konnte. <sup>85</sup>

Eumanns Bewertung der Gewerkschaftspolitik der KPD spricht eine klare Sprache: »Das strategische Ziel der KPD von 1919/20, die Gewerkschaften von innen zu erobern, endete eindeutig im Fiasko. Die Parteiführung hatte einmal mehr ihren Einfluss auf die Mitglieder maßlos überschätzt«. Seiner Meinung nach war es vor allem »die Beharrlichkeit der im Arbeitermilieu seit Gründung der Gewerkschaften tradierten Überzeugungen über die Funktion der Gewerkschaften und das Verhältnis von Partei und Gewerkschaft«, die die Gewerkschaftsfraktionen zum Scheitern verurteilte <sup>86</sup>, sprich, die Verankerung der Kommunisten im traditionellen Milieu. Für das Verhältnis von Sozialdemokraten und Kommunisten hatte die RGO-Politik kaum überraschend trotz ihres weitgehenden Scheiterns Konsequenzen. Teilweise wurde damit gewissermaßen die letzte Brücke der Kom-

81 Weichlein, Sozialmilieus, S. 301.

82 Mallmann, Kommunisten, S. 199.

83 Zu den Stadien der gewerkschaftlichen Verselbstständigung vgl. Werner Müller, Lohnkampf, Massenstreik, Sowjetmacht. Ziele und Grenzen der »Revolutionären Gewerkschafts-Opposition« (RGO) in Deutschland 1928–33, Köln 1988, S. 45–163; zusammenfassend Lore Heer-Kleinert, Die Gewerkschaftspolitik der KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt am Main 1983, S. 353 ff.

84 Weichlein, Sozialmilieus, S. 307.

85 Eumann, Kohorten, S. 303.

86 Ebd., S. 311.

munikation und Interaktion – zumindest auf Betriebsebene – abgebrochen. Mallmann schreibt:

»Dort, wo Streikposten der RGO mit brachialer Gewalt gegen freigewerkschaftliche Arbeitswillige vorgingen, dürfte diese Militanz [...] sogar regelrechte Haßszenarien ausgelöst haben. Der Weg der Selbstisolation [...] führte ins Abseits.«<sup>87</sup>

#### IV. HAUPTFEIND »SOZIALDEMOKRATIE« ODER »ANTIFASCHISTISCHE EINHEITSFRONT«?

##### *Das Verhältnis der KPD zur SPD*

Auf der Parteiebene ist das Verhältnis zwischen SPD und KPD inzwischen umfassend untersucht worden, auch wenn die Geschichte dieses Gegensatzes bis heute nicht durchgehend geschrieben worden ist. Die Autoren beschränken sich entweder auf einen bestimmten Zeitraum, eine Region oder eine Ebene der Politik. In der Regel bleibt auch die Rezeption und Umsetzung der Parteilinie an der Basis im Dunkeln. Georg Fülberths bemerkenswert detaillierte Studie über »Die Beziehungen zwischen SPD und KPD in der Kommunalpolitik der Weimarer Periode 1918/19 bis 1933« distanziert sich ausdrücklich vom »Bereich des proletarischen Alltags und seiner ›Lebenswelten« und klagt gleichzeitig über »die sehr geringe Bedeutung, welche Kommunalpolitik im Alltagsbewußtsein der Arbeiter und ihrer Familien« hatte.<sup>88</sup> Eine konsequente Verbindung von lokaler Sozialgeschichte und der kommunalen Entwicklung bietet zwar die Studie Klaus Tenfeldes über Penzberg<sup>89</sup>, sie gelingt allerdings um den Preis der Beschränkung auf eine einzelne Gemeinde, also auf Kosten der Repräsentativität.

Die KPD-Geschichte umfasst hinsichtlich des Verhältnisses zur SPD verschiedene Phasen: Von 1920 bis 1923/24 dauerte die erste Phase der Einheitsfrontpolitik, in die auch die Vorbereitung und das Scheitern der »Märzaktion« 1921 fielen. Sie endete mit der ersten ultralinken Wende der KPD, personalpolitisch gekennzeichnet durch die Übernahme des Parteivorsitzes durch Ruth Fischer und Arkadij Maslow. Es folgte in der Stabilisierungszeit der Republik eine realpolitische Phase.<sup>90</sup> Der letzte Parteitag der KPD in der Weimarer Republik im Juni 1929, kurz nach den Ereignissen des »Blutmai«, bestätigte und verschärfte dann wieder den ultralinken Kurs und markierte die zweite ultralinke Wende. Diese Richtung behielt die KPD trotz einiger taktischer Wendungen bis 1933 (und darüber hinaus) »mehr oder weniger konsequent« bei.<sup>91</sup> Stark verkürzt umfasste die ultralinke Politik:

- die radikale Bekämpfung des bestehenden Staates, der anderen Parteien und Gewerkschaften als »faschistisch« und »konterrevolutionär«,
- den Anspruch, die alleinige Vertretung der Arbeiterschaft zu sein,
- die Betrachtung der SPD als »sozialfaschistischen« Hauptfeind, den es zu zerschlagen und durch eine »Einheitsfront von unten« zu zersetzen galt.

Daraus ergab sich eine offizielle Politik, die zwischen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten nicht prinzipiell unterschied und im linken Flügel der SPD sogar ihren Haupt-

87 Mallmann, *Kommunisten*, S. 212.

88 Fülberth, *Beziehungen*, S. 14 f.

89 Klaus Tenfelde, *Proletarische Provinz. Radikalisierung und Widerstand in Penzberg/Oberbayern 1900 bis 1945*, in: Martin Broszat/Elke Fröhlich/Anton Grossmann (Hrsg.), *Bayern in der NS-Zeit IV. Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt*, Teil C, München/Wien 1981, S. 1–382.

90 Zu dieser Realpolitik zählt beispielsweise die Zusammenarbeit der KPD mit der SPD im Volksentscheid gegen die Fürstenabfindung.

91 Hermann Weber, *Hauptfeind Sozialdemokratie. Strategie und Taktik der KPD 1929–1933*, Düsseldorf 1982, S. 11; zum Folgenden vgl. ebd., S. 18 ff.



feind sah, da dieser die linken Arbeiter am wahrscheinlichsten von der KPD fernhielt. Auf der Ebene der Kommunalpolitik beeinflussten die lokalspezifischen Gegebenheiten die Entscheidungen der Funktionäre, zum Teil wurden Vorgaben der Zentrale aus Pragmatismus nicht gleich oder nur abgeschwächt umgesetzt. Im Großen und Ganzen folgten die Bezirke aber der offiziellen Parteilinie.

Eine Vorreiterrolle bei den gegenseitigen Unterstellungen und Beschimpfungen nahmen die beiden Parteiblätter »Rote Fahne« und »Vorwärts« ein, von denen fast keine Ausgabe ohne Sticheleien gegen den »Bruderfeind« auskam. Es ist ein besonderes Verdienst Fülberths, dass er in seiner Arbeit auch die sich wandelnde Sprache der lokalen SPD- und KPD-Blätter untersucht hat. Aber auch in Reichstagsreden, Sitzungsprotokollen und anderen offiziellen Dokumenten mangelt es nicht an Beispielen, die belegen, wie die Parteien offiziell zueinander standen.

Die Forschung hat lange Zeit diese offen zur Schau gestellten Gegnerschaft nicht hinterfragt und SPD und KPD nicht nur als sich bekämpfende Parteien, sondern auch als »Repräsentanten zweier sozialmoralischer Milieus« betrachtet, die einander »unversöhnlich gegenüberstanden«.<sup>92</sup> Ein klassisches Beispiel für diese Sichtweise bietet Hermann Webers 1982 erschienenes Buch »Hauptfeind Sozialdemokratie«. Er untersucht darin Strategie und Taktik der KPD gegenüber der SPD zwischen 1929 und 1933 anhand von Rundschreiben, und zwar ausdrücklich »ohne die Berücksichtigung sekundärer Aspekte, die die Einschätzung eventuell modifizieren könnte«.<sup>93</sup> In seinem Vorwort schreibt Weber, er wende sich gezielt gegen die DDR-Historiografie, deren Aufgabe es sei, »die ›immer richtige‹ Politik der KPD zu ›beweisen‹«.<sup>94</sup> Wie bereits in seiner Studie zur »Stalinisierung« der KPD entwirft Weber das Bild einer von Moskau gesteuerten Führungsebene, deren Vorstellungen »durch den hierarchisch-zentralistischen Charakter der Partei freilich relativ leicht in der ganzen Partei durchzusetzen waren«.<sup>95</sup> An anderer Stelle schreibt er: »Aus allen Unterlagen ergibt sich, daß die Bezirke keinerlei politische Eigenständigkeit besaßen und auch organisatorisch lediglich Arbeitsstäbe der zentralen Führung waren, von dieser in allen Fragen direkt angeleitet und kontrolliert wurden«.<sup>96</sup> Von dieser Grundannahme ausgehend bleibt alles, was sich unterhalb der Führungs- und Propagandaebene abspielte, unbeachtet. Da Weber sich außerdem auf die Zeit nach 1929, also nach der ultralinken Wende, beschränkt, kommt er zu dem Ergebnis, dass das Verhältnis zwischen KPD und SPD in diesen Jahren ausschließlich durch die Sozialfaschismusthese geprägt gewesen sei und alle Einheitsfrontideen reine Propaganda blieben. Die offizielle Parteilinie beschreibt Weber damit durchaus zutreffend, die Alltagsrealität lässt er außer Acht. Zwar erwähnt er selbst noch Ernst Thälmanns Klage, dass es trotz der »richtigen Generallinie [...] in der Durchführung mangelt und hapert«.<sup>97</sup> Er geht jedoch nicht der Frage nach, durch welches Verhalten an der Basis diese Klage ausgelöst wurde.

#### *Das Verhältnis zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten an der Basis*

Es war Klaus-Michael Mallmann, der die auf offiziellen Parteidokumenten basierende Sichtweise ausdrücklich infrage stellte und deutlich machte, dass Kommunisten und Sozialdemokraten an der Basis einmal mehr uneins waren mit dem, was ihre jeweilige Par-

92 Michael Ruck, Zwischen Historisierung und Aktualisierung der ersten deutschen Republik. Überlegungen zu Heinrich August Winklers Trilogie »Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik«, in: GG 19, 1993, S. 506–521, hier: S. 519.

93 Weber, Hauptfeind, S. 10.

94 Ebd., S. 7.

95 Ebd., S. 9.

96 Ebd., S. 108.

97 Ebd., S. 114.

tei vorgab. Das sozialistische Milieu des Kaiserreichs bestand in Teilen fort, wenn auch nicht überall, nicht in allen Lebensbereichen und nicht über die Jahre konstant. Um dies zu zeigen, richtet Mallmann den Blick auf die lokale Ebene, auf das unmittelbare Umfeld der Arbeiter.

Zunächst ist die gemeinsame Herkunft aus dem sozialistischen Milieu des Kaiserreichs zu nennen. Es bestanden Freundschaften oder Verwandtschaftszusammenhänge zwischen den Mitgliedern (und Anhängern) der beiden Parteien. Wo das nicht der Fall war, schuf dennoch die gleiche oder ähnliche soziale Lage von sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern Berührungspunkte in Beruf und Nachbarschaft. Mallmann weist anhand zahlreicher lokaler Beispiele nach, dass auch in kommunistischen oder sozialdemokratischen Hochburgen Anhänger *beider* Parteien lebten, so dass »Reformismus und Radikalismus« in sozialräumlicher Dimension »verkoppelt« blieben.<sup>98</sup> Die »relativ identische soziale Lage der proletarischen Mitglieder von KPD und SPD« habe zudem »einen Fundus gemeinsamer klassengesellschaftlicher Erfahrung und – vor allem – ähnlicher, oft sogar identischer Interpretation« geschaffen.<sup>99</sup> Zudem wirkte sicherlich auch verbindend, dass man von außen meist als *ein* proletarisches Milieu wahrgenommen wurde, dem kollektiv Gottlosigkeit, fehlende Moral oder der »Dolchstoß« zugeschrieben wurden.<sup>100</sup>

Auch aus wahlstrategischen Überlegungen durften, so Mallmann, die Kommunisten die Verbindung zu den SPD-Wählern unter den Arbeitern nicht abreißen lassen, bildete doch »deren Gewinnung als Wähler und Mitglieder die zentrale Voraussetzung der eigenen Mehrheitsfähigkeit«.<sup>101</sup> Besonders in Wahlkämpfen musste daher der Balanceakt gelingen, sich einerseits klar zu profilieren, die Gegenseite aber gleichzeitig durch eine gemeinsame Sprache und die Betonung der gemeinsamen Wurzeln anzusprechen.

Ihrer gemeinsamen Herkunft waren sich die Arbeiter daher dort besonders bewusst, wo der Gegner stark war. Als Beispiel nennt Mallmann Tübingen mit seiner traditionell starken Polarität zwischen Universität und Arbeiterbewegung. Nationale Ereignisse, die von beiden Parteien als Bedrohung empfunden wurden, führten stets zu gemeinsamen Kundgebungen, so zum Beispiel der Kapp-Putsch oder die Ermordung Matthias Erzbergers und Walther Rathenaus.<sup>102</sup> In Salza und Nordhausen riefen SPD und KPD Ende Juni 1932 zu einer gemeinsamen »Erwerbslosenversammlung« auf, in deren Verlauf erklärt wurde, man wolle künftig von beiden Seiten nicht mehr das Trennende hervorheben.<sup>103</sup> Die den Anhängern beider Parteien gemeinsame soziale (Not-)Lage konnte auch und gerade nach 1929 zum Zusammenschluss führen – auch wenn, anders als beim Tübinger Beispiel, der »Klassenfeind« nicht übermächtig war.

Obwohl es Mallmann in erster Linie darum geht, die These von der Unversöhnlichkeit der beiden linken Milieus zu widerlegen, weist er auch auf die unübersehbaren – und teils unüberwindbaren – Gegensätze insbesondere der politischen Linien, aber auch bestimmter Aktionsmuster der beiden Parteien hin. »Der Fundus an politischen Zielvorstellungen zwischen SPD und KPD« sei »von vornherein dürftig« gewesen und »verflüchtigte sich zusehends«.<sup>104</sup> Die Unvereinbarkeit der beiden Politikmodelle drückt sich zugespißt in

98 Mallmann, *Kommunisten*, S. 254 f.

99 Ebd., S. 264.

100 In der NSDAP wurde zum Beispiel nur vom »marxistischen Lager« gesprochen; vgl. ebd., S. 264 f.

101 Ebd., S. 263.

102 Ebd., S. 268.

103 Franz Walter/Tobias Dürr/Klaus Schmidtke, *Die SPD in Sachsen und Thüringen zwischen Hochburg und Diaspora. Untersuchungen auf lokaler Ebene vom Kaiserreich bis zur Gegenwart*, Bonn 1993, S. 255. In Nordhausen arbeiteten die Parteien bis Juni 1932 eng zusammen, bis sich schließlich die SPD-Anhänger gegen die »Einheitsfront von unten« entschieden.

104 Mallmann, *Kommunisten*, S. 279.

der zeitgenössischen Formel »Demokratie oder Diktatur« aus.<sup>105</sup> Auch wenn die semantische Spannweite des Begriffs »Sozialismus« Diskussionen zuließ, etablierte sich zunehmend eine »gleichsam zweisprachige Praxis [...], in der bestimmte gemeinsame Begriffe, Vorstellungen und Bilder – insbesondere ›Klassenkampf‹ und ›Sozialismus‹ – dennoch immer mehr Unterschiedliches bedeuteten.«<sup>106</sup> Die strenge Trennung der Parteien an der Spitze führte nicht zu einer ebensolchen Trennung an der Basis, dazu waren die lebensweltlichen Gemeinsamkeiten zu zahlreich, die soziale Realität zu wirkmächtig. Dennoch verschwanden nach und nach die institutionellen Stützen der bisherigen Kommunikation und Interaktion. Der zunächst noch selbstverständliche Umgang von Sozialdemokraten und Kommunisten blieb zwar erhalten, »privatisierte« sich jedoch zunehmend.<sup>107</sup> Auch kam es immer wieder zu Gewalttätigkeiten zwischen den Mitgliedern beider Parteien. Das Bild von der SPD reichte vom »Todfeind im eigenen Lager« bis zum »Klassengenosse[n], der nicht konsequent genug ist, uns jedoch am nächsten steht.«<sup>108</sup>

Die sozialhistorische Forschung hat endgültig die These widerlegt, dass es »keine gemeinsamen Berührungspunkte zwischen den beiden Arbeiterparteien« gegeben habe.<sup>109</sup> Der Begriff des »links-proletarischen Milieus«, den Mallmann einführt, um »forschungsstrategisch offenzubleiben für die Chance gemeinsamer Milieukontexte von Kommunisten und Sozialdemokraten«<sup>110</sup>, ergänzt er durch drei weitere Grundformen des Zusammenhangs zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten: Er spricht erstens von »Milieus auf niedrigem aggregiertem Niveau«, als »linkes Lager«, in dem die bestehende Balance zwischen Distanz und Kooperation immer wieder durch den bereits erwähnten Kampf um die gemeinsame Wählerklientel aus dem Gleichgewicht geriet. Zweitens beschreibt Mallmann die »Herauskristallisierung (sub)lokaler Hochburgen der SPD beziehungsweise der KPD, in denen die jeweils andere Partei lediglich ein Schattendasein [...] führte.«<sup>111</sup> Drittens habe es auch »Milieuverdichtungen als verinselte Ausnahmeerscheinungen innerhalb von gesellschaftlichen Kontexten, deren politische ›Großwetterlage‹ von ressentimentgeladener Zerrüttung oder gar haßerfüllter Kontaktlosigkeit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten gekennzeichnet war«, gegeben.<sup>112</sup>

Andreas Wirsching kritisiert die Rede Mallmanns vom »links-proletarischen Milieu«, da dieser nicht thematisiere, »inwieweit die Führung einer explizit kommunistischen Existenz innerhalb eines weitgefaßten (links-)proletarischen Milieus auf Dauer möglich war« – es stehe schließlich zu erwarten, »daß die exklusiven kulturellen und ideologischen Deutungsmuster, die der Kommunismus beanspruchte, letztlich aus den traditionellen Arbeitermilieus hinausdrängten, beziehungsweise in ihnen zur Abschottung tendierten.«<sup>113</sup> Wirsching schlägt stattdessen vor, lieber »konkret von einem ›kommunistischen‹ als vage von einem ›links-proletarischen‹ Milieu [zu] sprechen.«<sup>114</sup> Ulrich Eumann kritisiert ebenfalls den Milieubegriff bei Mallmann: »Von der soziostrukturellen Lage der allermeisten Milieumitglieder einfach auf ihre Milieuzugehörigkeit zu schließen, wird zwar dem sozialen, aber nicht dem kulturellen Aspekt des Milieubegriffs gerecht.«<sup>115</sup> Ein

105 Vgl. *Karl Kautsky*, *Demokratie oder Diktatur*, Berlin 1918.

106 *Mallmann*, *Kommunisten*, S. 279 f.

107 Ebd., S. 280.

108 Ebd., S. 263.

109 *Werner Angress*, *Die Kampfzeit der KPD 1921–1932*, Düsseldorf 1973, S. 120.

110 *Mallmann*, *Kommunisten*, S. 15.

111 Ausführlich beschreibt Siegfried Weichlein als Beispiel für diesen Milieutyp die Verhältnisse in Nordhessen: »Blieb die KPD in Kassel schwach, so geriet die SPD in Hanau in eine strukturelle Minderheitenposition«; vgl. *Weichlein*, *Sozialmilieus*, S. 280.

112 Alle Zitate bei *Mallmann*, *Kommunisten*, S. 386.

113 *Wirsching*, »Stalinisierung«, S. 454.

114 Ebd., S. 455.

115 *Eumann*, *Kohorten*, S. 19.

links-proletarisches Milieu, dem sämtliche KPD- und SPD-Mitglieder (oder sogar –Wähler) zugerechnet werden, ist analytisch in jedem Fall wenig sinnvoll, da es einen differenzierenden Blick auf die Basis der beiden Parteien zugunsten von auf Einheitlichkeit zielenden Generalisierungen vermeidet.

»Einheitsfront von oben und unten«

Die zwischen 1920 und 1923 entwickelte Einheitsfronttaktik war der Versuch der KPD, die Reformpolitik in der Arbeiterbewegung zu überwinden, indem sie Ziele und Inhalte reformerischer Politik aufgriff und sie zu Zielen von Massenkämpfen umzuformulieren suchte.

»Ziel der Taktik der Einheitsfront war also, den Prozeß des selbständigen Handelns der Arbeiterschaft zu beschleunigen, indem – anknüpfend an den unmittelbaren Tagesinteressen – Übergangslösungen aufgestellt wurden, die den Tageskämpfen eine Orientierung auf die Eroberung der politischen Macht geben konnten.«<sup>116</sup>

Diese Einheitsfronttaktik ging von der Trennung zwischen den Mitgliedern und der Führung der SPD aus: Anknüpfend an die »Illusion der reformistisch beeinflussten Mehrheit der Arbeiterklasse über die Handlungsbereitschaft ihrer Führer« schloss sie Verhandlungen mit der SPD-Führung nicht aus.<sup>117</sup> Solche Verhandlungen wurden jedoch als praktische Schritte zur Zurückdrängung des sozialdemokratischen Einflusses verstanden.

Gegenüber dieser Konzeption bedeutete die nach der Oktober-Niederlage 1923 entwickelte Einheitsfrontpolitik »von unten« eine grundsätzliche Kehrtwendung. Die Sozialdemokratie galt jetzt als »Fraktion des deutschen Faschismus unter sozialistischer Maske«, mit deren Führern nicht verhandelt werden dürfe.<sup>118</sup> Diese Einheitsfrontpolitik ersetzte das differenzierte System von Teilforderungen und Übergangslösungen durch direkte propagandistische Appelle an die sozialdemokratischen Arbeiter. Gemeinsam war beiden Einheitsfrontkonzepten das Ziel einer vereinigten Arbeiterbewegung unter kommunistischer Führung. Sie implizierten »nie die pluralistische Anerkennung anderer politisch-ideologischer Muster als gleichberechtigte Vorstellungen.«<sup>119</sup>

Mit der zunehmenden Bedrohung durch den Nationalsozialismus entstanden neue Bedingungen für das Verhältnis von SPD und KPD. Ob durch eine »Einheitsfront« der linken Parteien die Herrschaft des Nationalsozialismus zu verhindern oder zumindest der weitgehend kampflose Untergang der Arbeiterbewegung 1933 zu vermeiden gewesen wäre, ist eine überholte Frage. Die Historiografie hat längst klar gestellt, dass zu viele historische Tatsachen gegen eine Vereinigung der Parteien gesprochen haben, dass der Januar 1933 nur auf den ersten Blick dem Kapp-Putsch zu ähneln schien.<sup>120</sup> Bereits der Begriff »Antifaschismus« beinhaltete für die Parteien Unterschiedliches: Ging es für die SPD um den Kampf gegen die NSDAP und die Rettung der Republik, so schien der KPD der »Sozialfaschismus« nicht weniger bekämpfenswert als der nationalsozialistische. Der kommunistische Antifaschismus war eingebunden in ein revolutionäres Konzept, das die Bekämpfung der Republik mit umfasste. Mit der Zielsetzung der SPD war er daher inkompatibel.

116 Dirk Hemje-Oltmanns, Arbeiterbewegung und Einheitsfront. Zur Diskussion der Einheitsfrontpolitik in der KPD 1920/21, Berlin 1973, S. 13.

117 Hartmann Wunderer, Arbeitervereine und Arbeiterparteien. Kultur- und Massenorganisationen in der Arbeiterbewegung (1890–1933), Frankfurt am Main/New York 1980, S. 80f.

118 Ebd., S. 82.

119 Mallmann, Kommunisten, S. 276.

120 Vgl. zum Beispiel Arnold Sywottek, Einheit der Arbeiterklasse zur Rettung der Weimarer Republik? Zur Kritik eines Mythos, in: Das Unrechtsregime. Festschrift für Werner Jochmann zum 65. Geburtstag, Bd. 1, Hamburg 1986, S. 132–155; Wirsching, Hauptfeind; sowie die Erwiderungen Werner Bramkes und Hermann Webers im gleichen Band.

Gemeinsam war beiden Parteien jedoch das Feindbild »Nationalsozialismus«, den sie in Fortsetzung der traditionellen Sichtweise mit der »Reaktion« oder »Konterrevolution« gleichsetzten (und damit hoffnungslos unterschätzten). Für SPD und KPD waren die Nationalsozialisten vor allem Kapitalisten, ließ die »Bewegung« sich vereinfacht auf die Formel »Faschismus = Bourgeoisie + Komplizen« reduzieren.<sup>121</sup> Gemeinsam war Kommunisten und Sozialdemokraten zweitens die permanente Bedrohung durch die Nationalsozialisten. Die Anhänger beider Parteien waren den gewaltsamen Übergriffen der SA ausgesetzt, Versammlungslokale, Partei- und Gewerkschaftshäuser wurden attackiert. Es ergab sich daraus eine gemeinsame Notwehrsituation, die vor allem die Parteibasis betraf.<sup>122</sup> Aus dieser konkreten Bedrohungslage heraus war es naheliegend, dass die offizielle KPD-Linie, keinen Unterschied zu machen zwischen Nationalfaschisten und Sozialfaschisten, an der kommunistischen Basis bezweifelt wurde. Schon bald wurde aus Sicht der Parteiführung das Problem des »kleineren Übels« immer drängender. Ende 1931 gab es bei den württembergischen Kommunalwahlen Listenverbindungen mit der SPD, sogar gemischte Listen wurden in drei Orten aufgestellt. Eine KPD-Ortsgruppe löste sich gar auf und bildete mit der örtlichen SPD eine »Vereinigte Arbeiterpartei«.<sup>123</sup> Im Gegensatz zur offiziellen Einheitsfrontpolitik steht auch das Beispiel Harburg-Wilhelmsburg. Die KPD-Genossen luden dort die SPD zu einer gemeinsamen Mitgliederversammlung zum Thema »Proletarische Einheitsfront« ein – ausdrücklich »ohne irgendwelche Bedingungen daran zu knüpfen«.<sup>124</sup>

Interessant ist auch, dass aus dem Saarland, wo die NSDAP stets außerordentlich schwach an Mitgliedern und Wählern war, trotz der Aufrufe »von oben« keinerlei Einheitsfrontbestrebungen dokumentiert sind. Sie ist also wohl als Reaktion auf die gemeinsam empfundene Bedrohung zu deuten: Wo diese Bedrohung nicht oder nur in geringem Maße vorhanden war, sah man sich auch an der Basis nicht zum gemeinsamen Kampf genötigt. War sie allerdings real, rückte man zusammen, wie auch die gemeinsamen Totenwachen zu Ehren der Opfer beider Parteien zeigen.<sup>125</sup> Allerdings war Opposition zum Nationalsozialismus nicht die einzige Voraussetzung für diese Verbrüderungen. Katholische Antifaschisten zum Beispiel wurden in aller Regel ausgeschlossen von den Bündnissen gegen die NSDAP; »gegen Hitler« zu sein, reichte nicht aus. Hier zeigt sich, dass die alten Milieuzusammenhänge noch nachwirkten, dass man sich, trotz aller Gegensätze, als zusammengehörig betrachtete.

Die Verbrüderung an der Basis gegen den gemeinsamen Feind von rechts fand statt, sie entsprach nicht der »von oben« angeregten offiziellen, auf Machtgewinn ausgelegten Einheitsfrontpolitik und war geprägt von einem spezifischen Gefühl der Zusammengehörigkeit. Die von Arno Klönne noch 1989 vertretene These, dass »jeder Aufruf zur Einheits-

121 Mallmann, *Kommunisten*, S. 369.

122 Die »Interdependenz« von kommunistischer und nationalsozialistischer Gewaltausübung, wie sie Wirsching beschreibt, wurde jedoch von Sven Reichardt zum Teil widerlegt. Ein enger Zusammenhang zwischen kommunistischer und nationalsozialistischer Gewalt sei nur in großstädtischen Revieren nachzuweisen. Vgl. *Andreas Wirsching*, *Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918–1933/39*. Berlin und Paris im Vergleich, München 1999, S. 589; sowie *Sven Reichardt*, *Totalitäre Gewaltpolitik? Überlegungen zum Verhältnis von nationalsozialistischer und kommunistischer Gewalt in der Weimarer Republik*, in: *Wolfgang Hardtwig* (Hrsg.), *Ordnungen in der Krise. Zur politischen Kulturgeschichte Deutschlands 1900–1933*, München 2007, S. 377–402, hier: S. 385.

123 *Fülberth*, *Beziehung*, S. 331.

124 Mallmann, *Kommunisten*, S. 374.

125 *Ingrid Hege*, *Vor der Machtergreifung des Faschismus. Die Kölner Arbeiterparteien in der Endphase der Weimarer Republik*, in: *Reinhold Billstein* (Hrsg.), *Das andere Köln. Demokratische Traditionen seit der Französischen Revolution*, Köln 1979, S. 257–282, hier: S. 266 f.

front bloße Propaganda blieb«<sup>126</sup>, ist demnach nicht haltbar – selbst wenn diese »Einheitsfront« in erster Linie dadurch zustande kam, dass die Basis ihre Führung entweder missverstand oder sich nicht weiter um Anweisungen scherte. In welchem Maße die Verbrüderung stattfand, war abhängig von der gefühlten oder tatsächlichen Größe der Bedrohung durch die NS-Bewegung, von den lokal spezifischen Beziehungen zwischen den beiden Arbeiterparteien und von den jeweiligen örtlichen Parteileitungen.

## V. VEREINE, VORPARTEILICHE INSTITUTIONEN UND NEBENORGANISATIONEN DER KPD

### »Proletarische Vereinsmeierei« und Milieu

Das Interesse an den Vorfeld- und Nebenorganisationen der KPD ist noch relativ jung. Dabei spielen sie für das kommunistische Milieu eine bedeutende Rolle: Sie dienten der Integration der kommunistischen Bewegung und konnten auch parteilose Arbeiter an die Bewegung binden. Tenfelde bezeichnet das Vereinswesen allgemein als »Rückgrat der Milieuorganisation«.<sup>127</sup> Je nach Typ der Organisation fanden auch Frauen hier wichtige Betätigungsfelder und waren besser integriert als in die tägliche Parteiarbeit – allerdings blieben sie insgesamt auch im sozialistischen Vereinswesen erheblich unterrepräsentiert.<sup>128</sup>

Den Beginn der Beschäftigung mit kommunistischen Vereinen und Massenorganisationen machte 1980 Wunderer, der die Herausbildung des kommunistischen Organisationsnetzes als »Prozeß des Herauslösens der kommunistisch orientierten Arbeitervereine aus sozialdemokratischen Verbänden im Gefolge der politischen Spaltung der Arbeiterbewegung« beschrieb.<sup>129</sup> Auch Mallmann misst der »linke[n] Vereinsmeierei [...] überragende Bedeutung« zu. Eine präzise, attraktive und repräsentative Vereinswelt war demnach Voraussetzung dafür, »linke Wählerlager dauerhaft zu verfestigen, Arbeiterwohnquartiere tendenziell in Milieus umzuformen«.<sup>130</sup> Eine weitere wichtige politische Funktion der Vorfeldorganisationen bestand darin, dass sie Brücken zwischen der Arbeiterbewegung und den ansonsten im Milieu kaum präsenten Intellektuellen herstellten. In fast allen größeren Organisationen, sozialdemokratischen wie kommunistischen, waren Künstler, Literaten, Ärzte oder etwa Rechtsanwälte aktiv. Wunderer schreibt: »In dem Engagement solcher Gruppen im Umkreis der Arbeiterparteien fand das »schlechte Gewissen« der bürgerlichen Gesellschaft im Umgang mit dem Proletariat einen Ausdruck«.<sup>131</sup>

Betrachtet man das kommunistische Vereinsleben unter der hier relevanten Fragestellung, so gilt es, drei Aspekte im Auge zu behalten: Neben der Frage der Binnenintegration, die für Milieubildung und -erhalt konstitutiv ist, müssen immer auch die politischen Vermittlungsmechanismen betrachtet werden, die in erster Linie nach außen angelegt waren. Beide Aspekte sind kaum zu trennen. Besonders aufschlussreich ist der Blick auf das Vereins- und Organisationsgeflecht hinsichtlich des Verhältnisses von Kommunisten

126 Arno Klönne, Die deutsche Arbeiterbewegung. Geschichte, Ziele, Wirkungen, München 1989, S. 216.

127 Klaus Tenfelde, Historische Milieus – Erblichkeit und Konkurrenz, in: Manfred Hettling/Paul Nolte (Hrsg.), Nation und Gesellschaft in Deutschland. Historische Essays, München 1996, S. 247–268, hier: S. 251.

128 Zum Frauenanteil in den verschiedenen Verbänden vgl. Peter Lösche/Franz Walter, Zwischen Expansion und Krise. Das sozialdemokratische Arbeitermilieu, in: Detlef Lehnert/Klaus Megerle (Hrsg.), Politische Teilkulturen zwischen Integration und Polarisierung. Zur Politischen Kultur in der Weimarer Republik, Opladen 1990, S. 161–187, hier: S. 175.

129 Wunderer, Arbeitervereine, S. 219.

130 Mallmann, Kommunisten, S. 167. Am regionalen Beispiel anschaulich dargestellt in: Franz Walter, Sachsen – ein Stammland der Sozialdemokratie?, in: PVS 32, 1991, S. 207–231.

131 Wunderer, Arbeitervereine, S. 221.

und Sozialdemokraten, da beide Gruppen sich teils derselben (traditionellen) Integrationsmechanismen bedienten, teils eigene Formen der Vermittlung ausformten. Interessant ist zudem drittens das Verhältnis zwischen der jeweiligen Organisation und der Partei.

Zumindest in den frühen Jahren der Weimarer Republik bildeten die linken Vereine noch nicht die politische Spaltung der Arbeiterbewegung ab. Sie waren ein Erbe der »negativen Integration« der Vorkriegssozialdemokratie. Nach 1918 erfuhren die milieuspezifischen Vereine einen erheblichen Aufschwung.<sup>132</sup> Die Gründung eigenständiger kommunistischer Organisationen war die Ausnahme, stattdessen schuf die Zunahme von sozialistischen Vereinen, das »Vermauern in der klassenbewußten Segregation«, eine »Fülle von Klammern zwischen den Mitgliedern der rivalisierenden Parteien, die die vollzogene Polarisierung zwar nicht aufhob, aber doch abschwächte« und die Kommunikation förderte.<sup>133</sup> Ein anschauliches Beispiel bietet der Deutsche Arbeiter-Sängerbund (DAS), der 1920 seine bisherige parteipolitische Option für die SPD aufgab und ausdrücklich Sozialisten aller Linksparteien willkommen hieß.<sup>134</sup>

Der offizielle Kurs der KPD-Parteiführung war, ähnlich wie die Gewerkschaftspolitik, darauf ausgerichtet, »durch den Zusammenschluss der kommunistischen Vereinsmitglieder zu Fraktionen Funktionärsposten zu erobern und darüber langfristig die Vereine unter die kommunistische Hegemonie zu bringen«.<sup>135</sup> Bereits die »21 Bedingungen zur Aufnahme in die Komintern« forderten die potenziellen Sektionen auf, in den sozialistischen Vorfeldorganisationen kommunistische Zellen und Oppositionsfraktionen zu bilden, um in ihnen den kommunistischen Einfluss gegen die Sozialdemokratie auszubauen und sie mittelfristig zu übernehmen. Wurden also »bestehende Milieugemeinsamkeiten [...] vom politischen Dissens überlagert«, wie Andreas Wirsching schreibt?<sup>136</sup> Dem stand von Beginn an entgegen, dass die Kommunisten in den überparteilichen Vereinen nur eine kleine Minderheit stellten. In den beiden größten Arbeitervereinen, dem Arbeiter-Turn- und Sportbund (ATSB) und dem Verein für Freidenkertum (VFF), stellten sie nur 2,36 beziehungsweise 8,11 % der Mitglieder. Nur in den lokalen KPD-Hochburgen gelang es, zum Beispiel die Mehrheit im Vorstand zu erobern. Ein weiteres Hindernis für die Ziele der Spitze der KPD war, dass vielen Genossen die politische Bedeutung des Vereinslebens nicht zu vermitteln war. Sie waren der Meinung, dass in Vereinsheimen und auf Sportplätzen Politik nichts zu suchen hatte, auch hier lassen sich Parallelen zu den Gewerkschaften ziehen.<sup>137</sup>

Bis zur ultralinken Wende 1928/29 versuchten Kommunisten und Sozialdemokraten in den Vereinen höchstens, unterschiedliche Akzente zu setzen, hielten aber alles in allem an der Einheit fest. Daran änderte auch die Gründung spezifisch kommunistischer Organisationen wie der Roten Hilfe oder des Roten Frontkämpferbunds nichts. Zusammenfassend konstatiert Mallmann: »Wie alle Befunde aus Lokalstudien zeigen, waren die Kommunisten an der Basis jedenfalls keine randständige Katakombengemeinschaft, sondern bereits in den frühen 1920er Jahren vielfältig verwurzelt im organisatorischen Beziehungsgeflecht der proletarischen Lebensbereiche«.<sup>138</sup>

132 Die ist das Ergebnis des Göttinger Forschungsprojekts »Solidargemeinschaft und Milieu: Sozialistische Kultur- und Freizeitorganisationen in der Weimarer Republik«. Die Ergebnisse sind zusammengefasst in: *Peter Lösche/Franz Walter, Zur Organisationskultur der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik. Niedergang der Klassenkultur oder solidargemeinschaftlicher Höhepunkt?*, in: GG 15, 1989, S. 511–536.

133 Mallmann, *Kommunisten*, S. 167.

134 *Dietmar Klenke/Peter Lilje/Franz Walter, Arbeitersänger und Volksbühnen in der Weimarer Republik*, Bonn 1992, S. 198.

135 *Eumann, Kohorten*, S. 327.

136 *Wirsching, »Stalinisierung«*, S. 456.

137 *Eumann, Kohorten*, S. 328 ff.

138 *Mallmann, Kommunisten*, S. 170.

*Die Spaltung des Vereinswesens 1928/29*

Erst 1929 setzte die Spaltung des sozialistischen Vereinswesens ein. Sie war die natürliche Konsequenz der zweiten ultralinken Wende, als deren Ergebnis ab 1929 versucht wurde, »den sozialdemokratisch dominierten Verbänden ein spiegelbildliches Netz eigener Organisationen gegenüberzustellen und das bislang vorherrschende Verständnis der Verbände als Kooperationsfelder und Einheitsfrontorgane aufzukündigen«. <sup>139</sup> Ein zweites Ziel war die endgültige Aufhebung der Trennung von »privaten, unpolitischen Arbeiterinteressen und politischen Zielen«. <sup>140</sup> Um keine Kräfte für den revolutionären Kampf ungenutzt zu lassen, drängte die KPD nun verstärkt auf die Politisierung aller Lebensbereiche.

Allerdings betrieben auch die sozialdemokratischen Vereinsfunktionäre eine rigorose Ausgrenzungspolitik. Eine systematische Untersuchung zu diesem Vorgang liegt bisher nicht vor, jedoch einige Darstellungen zu bestimmten Vereinen. <sup>141</sup>

Der Versuch, ein Netz genuin kommunistischer Vereine aufzubauen, konnte allerdings nicht so durchgeführt werden, wie die KPD-Führung es sich vorgestellt hatte. Für die Mitglieder stand häufig der Unterhaltungsaspekt im Vordergrund, sie betrachteten die Arbeitervereine eher als »gesellige Idylle unter ihresgleichen« denn als »Vorfeldorganisation und Rekrutenschule«. <sup>142</sup> Dies kollidierte mit den Vorstellungen der Parteifunktionäre, deren »Instrumentalisierungs- und Reglementierungssehnüchte [...] auch auf diesem Feld« wuchsen und die die Vereine am liebsten zu reinen »Wahlhelferorganisationen« gemacht hätten. <sup>143</sup> Die Mitglieder zeigten sich gegen diese Gängelung recht resistent. War im Vereinsnamen meist noch der gegenkulturelle Impetus enthalten (»rot« statt des in der Sozialdemokratie üblichen »frei«), unterschied sich das praktische Vereinsleben kaum von demjenigen anderer, selbst bürgerlicher Vereine – eine Tatsache, die Sozialdemokraten und Kommunisten im Übrigen reichsweit gleichermaßen betraf. <sup>144</sup> Dies führte einerseits dazu, dass die Spaltung der Arbeiterbewegung wenn überhaupt erst verspätet und abgeschwächt beziehungsweise ungleichmäßig auf die Arbeitervereine durchschlug. Andererseits blieb so der Kontakt zu Sozialdemokraten möglich und mag den Einfluss der KPD auf die Arbeiterschaft durchaus gestärkt haben. <sup>145</sup>

Auch wo die Abspaltung gelang, war das Ergebnis im Grunde enttäuschend. Die Mitgliederzahlen der kommunistischen Vereine waren in der Regel weit geringer, als es die Partei angab. Obwohl sich in den Krisenjahren SPD- und KPD-Wähler zahlenmäßig annäherten, war in den sozialdemokratischen Nebenorganisationen in der Regel eine fünf- bis zehnmal so große Mitgliedschaft organisiert. <sup>146</sup>

Betrachtet man also Struktur und Mitgliederzahl des kommunistischen Vereinswesens als aussagekräftiges Merkmal dafür, ob ein eigenes kommunistisches Milieu existierte und die Basis integrieren konnte, so ist das Ergebnis eher ernüchternd. Mallmann zufolge

139 Ebd., S. 171.

140 Wunderer, Arbeitervereine, S. 226.

141 Zu den Freidenkern: ebd., S. 137–160; zu den Sängern: *Klenke/Lilje/Walter*, Arbeitersänger, S. 200–208.

142 Wunderer, Arbeitervereine, S. 176.

143 Mallmann, Kommunisten, S. 180.

144 Ebd., S. 172; vgl. auch *Peter Friedemann*, Die Krise der Arbeitersportbewegung am Ende der Weimarer Republik, in: *Friedhelm Boll* (Hrsg.), Arbeiterkulturen zwischen Alltag und Politik. Beiträge zum europäischen Vergleich in der Zwischenkriegszeit, Wien 1986, S. 229–240.

145 Mallmann, Kommunisten, S. 177.

146 *Hartmann Wunderer*, Thesen und Materialien zum Niedergang der Arbeiterkulturbewegung vor dem Faschismus. Zum Kommunistischen System der Massenorganisationen in der Weltwirtschaftskrise (1929–1932), in: *Deutsche Arbeiterbewegung vor dem Faschismus*, Argument Sonderheft 74, Berlin 1981, S. 157–180, hier: S. 173.



erwies sich »das Projekt eines gesonderten kommunistischen Organisationsnetzes« als »gigantisches Fiasko der Selbsttäuschung«<sup>147</sup> – eine Feststellung, die die Forschung bisher nicht widerlegt hat.

### *Die Rote Hilfe Deutschlands*

Obwohl die Rote Hilfe Deutschlands (RHD) wohl die wichtigste und erfolgreichste Organisation im Vorfeld der KPD war, wurde sie erst in diesem Jahrzehnt als Forschungsobjekt entdeckt. Bis vor wenigen Jahren waren nur Teilaspekte des Themas in einigen Aufsätzen und (in der Regel unveröffentlichten) Abschlussarbeiten behandelt worden, erwartungsgemäß größtenteils von der DDR-Geschichtsforschung. Nachdem im Jahr 2002 ein Band zu den Rechtsanwälten der Roten Hilfe erschienen ist<sup>148</sup>, folgten ein Jahr später die Veröffentlichung der Dissertation Nikolaus Brauns', »Schafft Rote Hilfe!«<sup>149</sup>, sowie ein von Sabine Hering und Kurt Schilde herausgegebener Sammelband<sup>150</sup>, in denen Organisation, Funktion und Wirkung der RHD erstmals umfassend und angemessen gewürdigt werden.

Die Rote Hilfe Deutschlands wurde 1921 als Nachfolgeorganisation der »Frauenhilfe für politische Gefangene«, der »Ausgleichsstelle für die Unterstützung der politischen Gefangenen« und verschiedener Hilfs- und Unterstützungskomitees, die bereits während der Zeit der »Sozialistengesetze« arbeiteten, gegründet. Von Anfang an kooperierte sie mit der hier nicht näher betrachteten IAH, der Internationalen Arbeiterhilfe, mit der es auch zahlreiche personelle und organisatorische Überschneidungen gab. Anspruch der RHD war es, allen proletarischen politischen Gefangenen und ihren Angehörigen zu helfen. Geschlecht, Alter und Parteimitgliedschaft spielten für die Mitgliedschaft keine Rolle. Gemäß der Satzung handelte es sich um eine »überparteiliche Hilfsorganisation zur Unterstützung [...] der proletarischen Klassenkämpfer, die wegen einer aus politischen Gründen begangenen Handlung oder wegen ihrer politischen Gesinnung in Haft genommen sind«, sowie zur Unterstützung »der Frauen und Kinder von Inhaftierten, gefallenen oder invaliden Klassenkämpfern des Proletariats«.<sup>151</sup> Wie insbesondere Brauns deutlich macht, konnte (und sollte) dieser Anspruch jedoch nicht erfüllt werden.

Die Angaben zur Mitgliederzahl insgesamt sind ungenau. Zur 1. Reichstagung 1925 waren es ca. 165.000, 1932 dann bereits 1,02 Millionen Mitglieder, eine Zahl, die vor allem dank Kollektivmitgliedschaften von Vereinen zustande kam.<sup>152</sup> Ein wichtiges Indiz für die Parteilichkeit oder Überparteilichkeit der RHD ist die Zusammensetzung ihrer Mitgliedschaft. Brauns schreibt dazu: »Der generelle Trend der Mitgliederentwicklung wurde schon im ersten Jahr nach der Gründung der Roten Hilfe Deutschlands erkennbar. Einem großen Anteil von Kommunisten stand ein wachsender Block parteiloser Mitglieder gegenüber, während Sozialdemokraten, Anhänger bürgerlicher Parteien sowie Anarchisten und andere Linksradikale eine marginale Größe blieben.«<sup>153</sup> 1932 stellen die Par-

147 Mallmann, *Kommunisten*, S. 179.

148 Heinz-Jürgen Schneider/Erika Schwarz/Josef Schwarz, *Die Rechtsanwälte der Roten Hilfe Deutschlands. Politische Strafverteidiger in der Weimarer Republik. Geschichte und Biografien*, Bonn 2002.

149 Nikolaus Brauns, *Schafft Rote Hilfe! Geschichte und Aktivitäten der proletarischen Hilfsorganisation für politische Gefangene in Deutschland (1919–1938)*, Bonn 2003.

150 Sabine Hering/Kurt Schilde (Hrsg.), *Die Rote Hilfe. Die Geschichte der internationalen kommunistischen »Wohlfahrtsorganisation« und ihrer sozialen Aktivitäten in Deutschland (1921–1941)*, Opladen 2003.

151 Statut der Mitgliederorganisation der RHD, abgedr. in: ebd., S. 277 f.

152 Zum Vergleich: Die KPD hatte 1932 ca. 300.000 Mitglieder.

153 Nikolaus Brauns, *Proletarische Klassensolidarität. Die Stellung der Roten Hilfe innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung*, in: Hering/Schilde, *Rote Hilfe*, S. 73–93, hier: S. 74.

teilosen 65 % der Mitglieder. Brauns vermutet unter ihnen etliche Anhänger der SPD, die ihre Organisationszugehörigkeit verschwiegen. Dem Anspruch der Überparteilichkeit wurde die Rote Hilfe also weniger durch die verschwindend geringe Zahl von Mitgliedern nichtkommunistischer Parteien, als durch die große Masse parteipolitisch ungebundener Mitglieder gerecht.

Bis 1924 wurde die RHD vollständig aus den Mitteln der KPD finanziert. Da dies in Zeiten der Inflation unmöglich wurde, beschloss eine Funktionärskonferenz im September 1924 die Neugründung als zentralisierte, selbstständige Mitgliederorganisation – sie blieb aber von der kommunistischen Partei gesteuert, auch wenn »zumindest zeitweilig eine gewisse Unabhängigkeit von der Parteiführung« nachgewiesen werden konnte.<sup>154</sup>

Ebenso wie die Gründung des Roten Frontkämpferbunds und der IAH fiel die Gründung der RHD als Mitgliederorganisation in die Zeit des unter der Parteivorsitzenden Ruth Fischer eingeschlagenen Linkskurses der KPD und der Einheitsfrontpolitik »von unten«. Obwohl gerade die Rote Hilfe als Instrument zur Herstellung der »Einheitsfront« prädestiniert war, integrierte die KPD sie erst mit zeitlicher Verzögerung jenseits ihrer spezifischen Aufgaben in das weitere Konzept der Einheitsfrontpolitik. Wo es möglich war, stellte die Rote Hilfe auch Sozialdemokraten ihre Rechtsanwälte zur Verfügung. In nahezu allen Fällen lauteten die Anklagen auf schweren Landfriedensbruch oder schweren Aufruhr. In solchen Angelegenheiten verweigerte die SPD häufig finanzielle oder juristische Unterstützung, schließlich handelte es sich um Angriffe auf die Republik. Die RHD nutzte diese Fälle sofort propagandistisch aus und bot ihrerseits Rechtshilfe an. Brauns weist allerdings nach, dass unter den Rechtsschutzfällen der Roten Hilfe Sozialdemokraten und Mitglieder des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold nur knapp über ein Prozent ausmachten »und damit eine ähnlich verschwindende Minderheit blieben, wie Sozialdemokraten, die der Hilfsorganisation beitraten«.<sup>155</sup>

Durch die weitgehende Abhängigkeit von der KPD wurden die innerparteilichen Strömungskämpfe auch in der Roten Hilfe ausgefochten. Vor allem im Jahr 1929, als es auch innerhalb der RHD zu personellen »Säuberungen« kam und ihre Führung die »Sozialfaschismusthese« übernahm, stürzte die Organisation in eine Krise: In den Augen der parteilosen Arbeiter und linken Intellektuellen büßte die RHD viel von ihrer Glaubwürdigkeit als überparteiliche Organisation ein, fast 20.000 Mitglieder wurden ausgeschlossen oder traten aus.<sup>156</sup>

Dennoch gab es auch Beispiele für eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten: So organisierte die RHD im Juli 1932 eine Einheitsfrontkundgebung in Berlin mit rund 2.000 Teilnehmern. Vor und nach der Kundgebung fanden Demonstrationen statt, an denen sich das Reichsbanner mit einer Marschkapelle, das ADGB-Ortskartell sowie Anhänger anderer sozialdemokratisch geführter Organisationen beteiligten.<sup>157</sup> Stellenweise war die sozialdemokratische Basis unter dem Eindruck des zunehmenden Terrors von rechts zu gemeinsamen Aktionen mit den Kommunisten bereit, insbesondere wenn diese von der Roten Hilfe organisiert wurden. Die Zusammenarbeit blieb aber in aller Regel auf die Teilnahme an Demonstrationen und Versammlungen begrenzt.

Die These Rudolf Bauers, die RHD stelle »ein herausragendes Beispiel für das bürger-schaftliche Engagement in der Weimarer Republik« dar<sup>158</sup>, ist angesichts der klaren Funktionalisierung der RHD im »Bruderkampf« gegen die SPD nicht zu halten. Zwar ist es rich-

154 Sabine Hering/Kurt Schilde, »Weißer Terror« und »Rote Hilfe«, in: *dies.*, Rote Hilfe, S. 15–27, hier: S. 17; vgl. auch Ulrich Stascheit, Rote Hilfe Deutschlands (RHD), in: *Rudolph Bauer* (Hrsg.), Lexikon des Sozial- und Gesundheitswesens, München/Wien 1992, S. 1658.

155 Brauns, Rote Hilfe, S. 260.

156 Brauns, Klassensolidarität, S. 78.

157 Ebd., S. 84.

158 Rudolf Bauer, Vorwort, in: *Hering/Schilde*, Rote Hilfe, S. 11–14, hier: S. 13.

tig, dass sie teilweise auch von Angehörigen des Bürgertums unterstützt wurde. Auch bringt Schilde durchaus stichhaltige Argumente dafür vor, dass zumindest in der praktischen Arbeit die Rote Hilfe durchaus mit anderen »Wohlfahrtsorganisationen« verglichen werden kann.<sup>159</sup> Jedoch war sie mehr als nur »weltanschaulich motiviert«. Nach dem bisherigen Stand der Quellenauswertung stand die politische Funktion klar im Vordergrund.

#### *Der Rote Frontkämpferbund*

Von seiner Gründung 1924 bis zu seinem Verbot 1929 bildete der Rote Frontkämpferbund (RFB) die kommunistische Alternative zu den Wehrbänden der Rechtsparteien sowie zum ebenfalls 1924 gegründeten Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, das zwar nominell überparteilich, faktisch jedoch eng mit der SPD verbunden war. Die Verbände sollten auf der Straße agieren und Stärke demonstrieren, tatsächliche militärische Schlagkraft und konkrete Aufgaben wie die Vorbereitung des Aufstands waren dagegen zweitrangig. So wurde zum Beispiel in Paragraf 3 der Satzung des RFB die illegale Bewaffnung der Mitglieder abgelehnt.<sup>160</sup>

Bis heute bedeutend ist die Monografie Kurt Schusters über den RFB<sup>161</sup>, sie legt allerdings ihren Schwerpunkt nicht auf sozialhistorische Aspekte, sondern auf organisationsgeschichtliche Gesichtspunkte und die Rolle des RFB in den paramilitärischen Auseinandersetzungen auf der Straße. Interessant ist vor allem Schusters Darstellung der Strömungskämpfe innerhalb des Bunds, in denen sich die Flügelkämpfe der KPD zum Teil erstaunlich detailliert spiegeln. Im Dezember 2009 erschien mit der Dissertation Carsten Voigts eine vergleichende Regionalstudie zu Reichsbanner und RFB in Sachsen, in der die Kampfbünde primär unter dem Aspekt ihres Einflusses auf die Arbeiterbewegung betrachtet werden.<sup>162</sup>

Zu den Mitgliederzahlen des RFB lassen sich keine genauen Angaben machen. Kurt Schuster hält die parteioffiziellen Zahlen für stark übertrieben und geht davon aus, dass auch zu Spitzenzeiten nie mehr als 100.000 Männer der Organisation angehörten.<sup>163</sup> Doch auch dann bleibt es eine Tatsache, dass der RFB mit der KPD konkurrierte, sie zeitweise sogar an Mitgliederstärke übertraf. Insbesondere in ländlichen Regionen war der RFB im Vergleich zur KPD offenbar besonders attraktiv.<sup>164</sup> Ähnliches lässt sich für das sozialdemokratische Reichsbanner feststellen: Zwar liegen keine genauen Angaben zur Stadt-Land-Verteilung der Mitglieder vor, jedoch ging bereits Karl Rohe davon aus, dass in ländlichen Gebieten das Reichsbanner tendenziell stärker an Mitgliedern war als die SPD.<sup>165</sup> Die Mitgliederfluktuation war im RFB noch höher als bereits für die KPD festgestellt, vermutlich aufgrund des hohen Anteils an parteilosen Mitgliedern, die sich kaum an die Organisation gebunden fühlten – 1926 gehörten knapp 65 % der erfassten Mitglieder des RFB nicht der kommunistischen Partei an.<sup>166</sup> 1927 stellte die Bundesleitung fest,

159 Kurt Schilde, »Schafft Rote Hilfe!« – Die kommunistische »Wohlfahrtsorganisation« Rote Hilfe Deutschlands, in: *Hering/Schilde*, Rote Hilfe, S. 31–56, hier: S. 32.

160 Mallmann, *Kommunisten*, S. 198.

161 Kurt Schuster, *Der Rote Frontkämpferbund 1924–1929. Beiträge zur Geschichte und Organisationsstruktur eines politischen Kampfbundes*, Düsseldorf 1975.

162 Carsten Voigt, *Kampfbünde der Arbeiterbewegung. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und der Rote Frontkämpferbund in Sachsen 1924–1933*, Köln/Weimar etc. 2009.

163 Schuster, *Frontkämpferbund*, S. 241.

164 Voigt, *Kampfbünde*, S. 145.

165 Karl Rohe, *Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1966, S. 73.

166 Voigt, *Kampfbünde*, S. 150.

dass 98 % der Mitglieder Proletarier waren, dasselbe galt, im Unterschied zur KPD, auch für das Führungskorps.<sup>167</sup>

Der RFB war ein reines Männerbündnis. Waren weibliche Mitglieder anfangs noch zugelassen, wurden sie bald schon in den Ende 1925 gegründeten Roten Frauen- und Mädchenbund abgedrängt, der seinen militärischen Charakter schnell ablegte und weitgehend unbedeutend blieb.<sup>168</sup> Wie alle Wehrbünde diente der RFB auf diese Weise dazu, das durch den Krieg von Erosion bedrohte Geschlechterverhältnis zu stabilisieren und traditionelle Männlichkeit durch »kollektives Imponiergehabe« zurückzugewinnen.<sup>169</sup> Gerade für Kommunisten bedeutete die Heroisierung der proletarischen Frontsoldaten aber auch einen Rückgewinn an gesellschaftlichem Prestige. Uniform, Marschmusik und Fahnen-eid stellten Konsens-, Anpassungs- und Kommunikationsmomente gegenüber der Gesellschaft dar, sie waren Integrationsformen, die bislang als mit der Arbeiterbewegung unver-einbar gegolten hatten.<sup>170</sup>

Das Verhältnis zwischen Parteiführung und RFB war spannungsgeladen: auf der einen Seite ein »theorie- und diskussionsfeindliches, dominant aktionistisches Verständnis als Ersatzpartei«, auf der anderen Seite Kritik an der »Militärspielerei« und mangelnder Funk-tionalisierbarkeit des RFB.<sup>171</sup> Zudem wurde der Rote Frontkämpferbund in den Reihen der Partei als »überflüssige, aber gefährliche Konkurrenz« in finanzieller und personeller Hinsicht wahrgenommen.<sup>172</sup> Mallmann interpretiert aufgrund dieses Gegensatzes den Bund (der sich mehrheitlich immer aus Parteilosen zusammensetzte) als vielleicht »authen-tischste[n] Ausdruck kommunistisch geprägter Milieukontexte«. <sup>173</sup> Allerdings muss für die älteren Kommunisten die militärische Attitüde mit dem »reaktionären Klimbim« der Kaiserzeit, über die man sich stets lustig gemacht hatte, »für das Selbstverständnis [...] eine starke Belastung dargestellt haben«. <sup>174</sup> Die KPD bemühte sich, über Fraktionen in-nerhalb des RFB, denen die Parteimitglieder verbindlich angehörten, ihren Einfluss auf den Frontkämpferbund zu sichern. Voigts Analysen zur »Parteidisziplin« im RFB Sach-sen zeigen, dass diese nicht wie gewünscht gelang: »Von fester Unterordnung und eiser-ner Disziplin konnte oftmals keine Rede sein. [...] Die RFB-Mitglieder fügten sich oft nicht einfach den Weisungen; wenn ihnen etwas nicht passte, verließen sie oft genug ein-fach die Organisation«. <sup>175</sup>

Voigt untersucht auch explizit die Bedeutung der RFB-Gründung für die Spaltung der Arbeiterbewegung. Die Gründung habe, so schreibt er, »einen weiteren Bruch innerhalb des sozialistischen Arbeitermilieus« bedeutet, da gewalttätige Auseinandersetzungen, die meist vom Frontkämpferbund ausgingen, von nun an das Klima vergifteten.<sup>176</sup> Wie alle kommunistischen Vorfeldorganisationen hatte der RFB im Sinne der kommunistischen Einheitsfronttaktik zu wirken, also vor allem Mitglieder des Reichsbanners zu gewinnen. Rotfrontkämpfer nutzten das Misstrauen, mit dem andere Arbeitervereine dem Reichban-ner als einer überparteilichen Organisation, die mit den bürgerlichen Parteien kooperierte, gegenübertraten, um für den RFB zu werben.<sup>177</sup> Der Bundesvorstand des Reichbanners,

167 Vgl. zum Sozialprofil *Schuster*, Frontkämpferbund, S. 241 ff.; *Rosenhaft*, Fascists, S. 167–207; *Voigt*, Kampfbünde, S. 150 ff.

168 Vgl. *Hans-Jürgen Arend/Werner Freigang*, Der Rote Frauen- und Mädchenbund – die revolu-tionäre Frauenorganisation in der Weimarer Republik, in: *BzG* 21, 1979, S. 249–258.

169 *Mallmann*, Kommunisten, S. 194.

170 Ebd.

171 Ebd., S. 196.

172 *Voigt*, Kampfbünde, S. 559.

173 *Mallmann*, Kommunisten, S. 196.

174 *Schuster*, Frontkämpferbund, S. 41.

175 *Voigt*, Kampfbünde, S. 149.

176 Ebd., S. 283.

177 Ebd.

das als »republikanische Schutztruppe« gegründet worden war, lehnte deshalb und wegen der antirepublikanischen Stoßrichtung des RFB jede Zusammenarbeit ab.

Die symbolische Repräsentation der jeweiligen Präferenz spielte in den Kampfbünden eine besonders herausragende Rolle. Mit Fahnen, Liedern, Uniformen und Abzeichen grenzten sich die beiden Organisationen gegeneinander ab – und distanzieren sich gleichzeitig von den »vermeintlich zu nüchternen und sachlichen Parteien«. <sup>178</sup> Auf kommunistischer wie auf sozialdemokratischer Seite beeinflussten die Kampfbünde die Demonstrationen und Festzüge, indem der vormalig eher bürgerliche Habitus durch ein militärisches Auftreten abgelöst wurde. <sup>179</sup>

Zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der beiden Organisationen kam es vor allem in Form von Saalschlachten, nachdem der RFB versucht hatte, sozialdemokratische Veranstaltungen zu stören – Zusammenstöße auf offener Straße kamen zwar vor, blieben aber die Ausnahme. Carsten Voigt stellt am Beispiel Sachsens erhebliche Unterschiede zwischen Reichsbanner und RFB fest: »Das Reichsbanner war zwar teilweise in Auseinandersetzungen verwickelt, die sich nach gegenseitigen Pöbeleien ergaben, es fand sich aber kein einziger Fall, wo eine stark überlegene Gruppe des Reichsbanners Andersdenkende überfiel, wie das beim RFB ebenso wie bei den Wehrverbänden der Fall war«. <sup>180</sup> In den letzten Jahren der Weimarer Republik nahmen die gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern der Arbeiterparteien und der NSDAP bekanntlich quantitativ und an Intensität zu, sowohl im zeitgenössischen Diskurs als auch in der jüngeren Forschung ist von »Bürgerkrieg« die Rede. <sup>181</sup> Dieser Darstellung widerspricht Voigt jedoch zu Recht: »Die schnelle und beinahe reibungslose Machteroberung durch die Nationalsozialisten zeigt mit aller Deutlichkeit, dass es sich bei den Kampfbünden um keine militärischen Bürgerkriegstruppen handelte«. <sup>182</sup>

#### *Die Jugendorganisation: Der KJVD*

Überalterte, verknöcherte SPD und junge, dynamische KPD: Schon in der Weimarer Zeit selbst wurde die Spaltung der Arbeiterbewegung auf einen »Generationenkonflikt« zurückgeführt, wurde »alter« Reformismus »jungem« Radikalismus gegenübergestellt. <sup>183</sup> Die Forschung hat diesen »Deutungs-Oldtimer« inzwischen widerlegt. <sup>184</sup> In beiden Parteien lag der Schwerpunkt der Mitglieder bei den 30- bis 50-Jährigen, der »Topos vom Jungkommunisten« trifft nur auf wenige Ballungsgebiete wie zum Beispiel Berlin zu. <sup>185</sup> Innerhalb der Parteien aber stellte sich mit der Generationenfrage die bedeutsame »Frage der Regeneration des Milieus«. <sup>186</sup>

178 Ebd., S. 285. Zur Bedeutung von Symbolen und Feiertagen vgl. Kapitel VI.

179 *Gottfried Korff*, Rote Fahnen und geballte Faust. Zur Symbolik der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik, in: *Dietmar Petzina* (Hrsg.), Fahnen, Fäuste, Körper. Symbolik und Kultur der Arbeiterbewegung, Essen 1986, S. 27–60, S. 40.

180 *Voigt*, Kampfbünde, S. 367.

181 Vgl. *Dirk Blasius*, Weimars Ende. Bürgerkrieg und Politik 1930–1933, Göttingen 2005.

182 *Voigt*, Kampfbünde, S. 411.

183 So zum Beispiel *Theodor Haubach*, Die Generationenfrage und der Sozialismus [1930], abgedr. in: *Wolfgang Luthardt* (Hrsg.), Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Weimarer Republik. Materialien zur gesellschaftlichen Entwicklung 1927–1933, 2 Bde., Frankfurt am Main 1978, Bd. 2, S. 81–93, hier: S. 87.

184 *Mallmann*, Kommunisten, S. 106.

185 *Siegfried Weichlein*, Milieu und Mobilität. Generationelle Gegensätze in der gespaltenen Arbeiterbewegung der Weimarer Republik, in: *Klaus Schönhoven/Bernd Braun* (Hrsg.), Generationen in der Arbeiterbewegung, München 2005, S. 165–192, hier: S. 170.

186 Ebd., S. 173.

Die Weimarer Republik war die ›Geburtsstunde‹ der parteipolitischen Jugendorganisationen. Auch der Kommunistische Jugendverband Deutschlands (KJVD), der im September 1920 aus Teilen der Freien Sozialistischen Jugend (FSJ) hervorgegangen war, zählte zu den Jugendorganisationen, die im Umfeld der Parteien entstanden waren. Erstaunlicherweise ist die Geschichte des Jugendverbands der KPD in der Historiografie zur Weimarer Parteijugend bisher wenig beachtet worden: »Leider fehlt es uns an grundlegenden Daten über den kommunistischen Jugendverband«, stellte noch 2001 Wolfgang Krabbe fest. »Wir kennen weder Einzelheiten über die Gründungsumstände des [...] Verbandes noch über seine Einbindung in die Organisation der Kommunistischen Partei. Obwohl er sich selbst als ›Junge Garde‹ des Proletariats titulierte, wissen wir kaum etwas von seiner Funktion und von seinem Selbstverständnis.«<sup>187</sup> Diese Forschungslücke überrascht umso mehr, als die Jugendorganisationen der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie bereits umfassend erforscht sind und zudem immer wieder über die Frage spekuliert wird, welchen Anteil die Jugend der extremen Linken und Rechten am Scheitern der Republik hatte.

Der Kommunistische Jugendverband steht immerhin im Zentrum mehrerer Studien, die im Umfeld der Arbeitsgruppe zur Geschichte der Jugendbewegung der DDR entstanden sind.<sup>188</sup> Dieses große Interesse am KJVD erklärt sich daraus, dass die ehemaligen Mitglieder des Jugendverbands zur »Aufbaugeneration« der DDR gehörten und politisch einflussreich waren. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe flossen auch in die Überblicksdarstellung von Karl-Heinz Jahnke ein<sup>189</sup>, der seine Forschungen auf den Widerstand kommunistischer Jugendlicher gegen den Nationalsozialismus konzentrierte. Seine Studien bieten einen ereignisgeschichtlichen Überblick. Allerdings setzte die marxistisch-leninistische Geschichtsschreibung den Wissenschaftlern hinsichtlich der Bewertung und Interpretation der Quellen enge Grenzen, die Geschichte des KJVD wurde als »Erfolgsgeschichte« verklärt.

Aus bundesrepublikanischer Perspektive liegen neben der Studie von Stephan Stracke über kommunistische Jugendliche in Wuppertal lediglich einige Aufsätze vor, die sich dem Jugendverband und seinen Mitgliedern zumeist aus lokalgeschichtlicher Perspektive oder anhand besonderer Fragestellungen nähern.<sup>190</sup> Strackes Monografie basiert neben Dokumenten aus dem historischen Archiv der KPD, Artikeln aus der Lokalpresse und Materialien aus dem zuständigen Stadtarchiv vor allem auf den Berichten von Zeitzeugen. Sie untersucht die Lebenswelt kommunistischer Jugendlicher, ihre Einbindung in das

187 Wolfgang Krabbe, »Rekrutendepot« oder politische Alternative? Funktion und Selbstverständnis der Partei-Jugendverbände, in: GG 27, 2001, S. 274–307, hier: S. 280 f.

188 Vgl. Karl Heinz Jahnke, Zur Entwicklung der Jugendgeschichtsforschung in der DDR, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock 28, 1979, S. 449–453; Heinrich Eppe, gebogen – gewendet – gewickelt. Drei Beiträge über die Situation der Forschung zur Geschichte der Arbeiterjugend- und Kinderbewegung vor und nach der Wende in der DDR, Bonn 1991.

189 Karl Heinz Jahnke/Horst Pietschmann/Matthias Redieck, Geschichte der deutschen Arbeiterjugendbewegung 1904–1945, Berlin 1973.

190 Stephan Stracke, Kommunistische Jugend in Wuppertal 1916–1933, in: Burkhard Dietz/Ute Lange/Manfred Wahle (Hrsg.), Jugend zwischen Selbst- und Fremdbestimmung. Historische Jugendforschung zum rechtsrheinischen Industriegebiet, Bochum 1996, S. 203–232; ders., Mit rabenschwarzer Zuversicht. Kommunistische Jugendliche in Wuppertal 1916–1936, Bocholt 1998; vgl. Christian Zöllner, Zur Problematik der Kommunistischen Jugendbewegung in der Stadt Braunschweig während der Stalinisierungsphase der KPD von 1924 bis 1929, in: Braunschweiger Jahrbuch 52, 1971, S. 193–210; Petra Kamburg/Anne Tepaß, »Mädels« zwischen Volkstanz und Klassenkampf. Die Rolle der Mädchen in SAJ und KJ, in: Heidi Behrens-Cobet (Hrsg.), »Rote Jugend im schwarzen Revier«. Bilder aus der Geschichte der Essener Arbeiterjugend, Essen 1989, S. 52–65.

links-proletarische Milieu und die verschiedenen Felder des politischen Handelns. Methodisch bezieht Stracke sich auf den Milieuansatz von Lepsius sowie auf die Studie von Mallmann. 2005 schließlich schloss Barbara Köster einen weiteren Teil der Forschungslücke. In ihrer Dissertation betrachtet sie den KJVD aus sozial- und kulturgeschichtlicher Perspektive und beschreibt ihn als Teil der Weimarer Jugendkultur, der »nicht nur eine Hochburg ›revolutionärer Tätigkeit‹ war, sondern auch Sammelbecken für Jugendliche, die gemeinsam ihre Freizeit verbrachten und nicht nur Streikversammlungen einberiefen oder Wahlplakate klebten.«<sup>191</sup>

Der KVJD nahm Jugendliche im Alter von 14 bis 23 Jahren auf. In den ersten Jahren der Weimarer Republik erlebte er seine Blütezeit, 1923 war mit ca. 70.000 Mitgliedern wohl der Höchststand erreicht. Der gescheiterte ›deutsche Oktober‹ wirkte sich auf den Jugendverband noch verheerender aus als auf die Partei: Im Oktober 1925 zählte er nur noch 20.000 Mitglieder, in den folgenden Jahren wurde dieser Wert noch unterboten. Erst gegen Ende der Republik erholten sich die Zahlen etwas, erreichten aber nie wieder das Niveau der ersten Jahre.<sup>192</sup> Die von Weber angegebene Zahl von 60.000 Mitgliedern 1931<sup>193</sup> beruht laut Mallmann auf einer »phantastisch überhöhten Schätzung, die in den parteiinternen Quellen keine Stütze findet.«<sup>194</sup> Selbst wenn man sie für bare Münze nähme, kann sie angesichts von 1,5 Millionen erwerbslosen Jugendlichen kaum beeindrucken. Schon quantitativ war die Jugendarbeit der KPD damit weniger erfolgreich als diejenige der angeblich »vergreisten« SPD.<sup>195</sup> Auch die Erwartung der KPD, im Jugendverband ein nicht versiegendes Nachwuchsreservoir zu haben, stellte sich als Enttäuschung heraus: »Nur eine verschwindend kleine Gruppe von Jugendlichen trat vom Jugendverband zur Partei über.«<sup>196</sup>

Über die soziale Zusammensetzung der Mitglieder und die Mitgliederstärke des Verbands liegen bislang kaum gesicherte Befunde vor. In der Literatur wird – wohl spekulativ – wiederholt, was auch für die Mitgliedschaft von SPD und KPD häufig angenommen wird: dass in der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) tendenziell die Facharbeiterschaft zu finden war, im KJVD dagegen eher die Ungelernten. Polemisch äußert sich dazu Mallmann, diese Behauptung berge »nur den winzigen Nachteil, daß die schwungvoll vorgebrachte These den Anspruch der Meßbarkeit an der Realität weit von sich weist.«<sup>197</sup> Er kommt mit Hilfe der Wiedergutmachungsakten aus dem Saarland für diese Region zu einem anderen Ergebnis. Demnach waren »nur« 34,6 % der KJVD-Mitglieder arbeitslos, obwohl 68,2 % nach Detlef Peukert zur »überflüssigen Generation« gehörten.<sup>198</sup> Und selbst bei den Arbeitslosen handelte es sich »in den allermeisten Fällen um Jugendliche, die eine Facharbeiter- oder Handwerkslehre absolviert hatten, danach aber vor verschlossenen Türen standen.«<sup>199</sup> Die These, die kommunistische Jugend sei zum großen Teil »lumpenproletarisch« gewesen, scheint also nicht belegbar zu sein, stattdessen dominieren die Ähnlichkeiten mit dem sozialdemokratischen Nachwuchs.

191 Barbara Köster, »Die Junge Garde des Proletariats«. Untersuchungen zum Kommunistischen Jugendverband Deutschlands in der Weimarer Republik, Diss., Bielefeld 2005, S. 5.

192 Jahnke/Pietschmann/Redieck, Geschichte, S. 297, 325, 336 und 353.

193 Weber, Wandlung, Bd. 1, S. 365.

194 Mallmann, Kommunisten, S. 183.

195 Vgl. Martin Martiny, Sozialdemokratie und junge Generation am Ende der Weimarer Republik, in: Luthardt, Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Weimarer Republik, Bd. 1, S. 56–117.

196 Köster, Garde, S. 124.

197 Mallmann, Kommunisten, S. 184.

198 Vgl. Detlef Peukert, Alltagsleben und Generationenerfahrung, in: Dieter Dowe (Hrsg.), Jugendprotest und Generationenkonflikt in Europa im 20. Jahrhundert. Deutschland, England und Frankreich im Vergleich, Bonn 1986, S. 139–150.

199 Mallmann, Kommunisten, S. 185.

Die gängigen Forschungen blendeten die Frage nach dem Anteil von weiblichen und männlichen Jugendlichen in den politischen Jugendorganisationen bislang mehrheitlich aus. Für die kommunistische Jugend konnte Barbara Köster nun zeigen, dass Mädchen und junge Frauen deutlich unterrepräsentiert waren. Ihr Anteil belief sich auf knapp 30 %. »Angesichts der Dominanz männlicher Jugendlicher unter den Neuzugängen Anfang der dreißiger Jahre« sei zudem davon auszugehen, »dass der Anteil der weiblichen Mitglieder zum Ende der Weimarer Republik weiter sank«.<sup>200</sup>

Das Verhältnis der KPD zu ihrem Nachwuchs war zwiespältig. Bereits in der wilhelminischen SPD hatte die Ansicht vorgeherrscht, die Jugend müsse in erster Linie gebildet und erzogen werden, politisch sei sie unmündig. Der Konflikt der Generationen trat an Bedeutung hinter sozialen und ökonomischen Aspekten zurück, er sollte in der Vereinskultur gelöst werden und war nicht Sache der Parteiführung. Die KPD übernahm die Ansicht, Politik sei Sache der Erwachsenen. Angesichts dieser Bevormundung und Geringschätzung ist das Selbstverständnis der kommunistischen Jugend, oder zumindest ihrer Funktionäre, erstaunlich. Mallmann kommt zu dem Schluss, »daß sich insbesondere die Funktionäre des KJVD [...] geradezu als die Musterschüler der Avantgarde verstanden, die jede Berliner Wendung bejubelten«, sowie, dass der »der Partei unterstellte Hang zur Bejahung aller Direktiven ›von oben‹ weit eher bei der angeblich so rebellischen Jugend zu finden war« – gleichzeitig warnt er allerdings davor, diese Einstellung von der Funktionärebene auf die breite Verbandsmitgliedschaft zu projizieren.<sup>201</sup> Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt Barbara Köster:

»Die kommunistische Jugend zeigte die Tendenz – wie übrigens die anderen parteipolitischen Jugendorganisationen auch – sich als ›Hüterin der reinen Lehre‹ profilieren zu wollen. Zum Ärger der erwachsenen Genossen äußerten sich die Jugendfunktionäre teilweise theoretisch fundierter zur Parteilinie, als sie es selbst vermochten, und mahnten Kurskorrekturen an – ein Verhalten, das die im Kaiserreich aufgewachsenen Genossen zwangsläufig als Anmaßung empfinden mussten«.<sup>202</sup>

Mallmann vermutet, dass dieses Selbstverständnis vor allem darin begründet lag, dass für die Arbeit des Jugendverbands andere Voraussetzungen galten als für die Parteibasis. Sie unterlag nicht realpolitischen Zwängen, musste sich nicht um Mehrheitsbeschaffung bemühen; die Jungkommunisten konnten »genau das [sein], was die KPD nicht sein konnte und durfte, nämlich Propagandasekten« – was die Partei wiederum für sich auszunutzen verstand.<sup>203</sup>

Barbara Köster kommt auf Grundlage der Untersuchung von Selbstzeugnissen zu dem Schluss, dass »die Jugendlichen, die zum festen Mitgliederkern des KJVD zählten, über ihre Familien und/oder über nachbarschaftliche Zusammenhänge an den Verband gebunden waren. Die Mitgliedschaft war für diese Jugendlichen vermutlich nicht das Ergebnis eines langwierigen Entscheidungsprozesses, sondern eher Ausdruck und die Folge ihrer gesamten Lebensumstände«.<sup>204</sup> Der KJVD rekrutierte also vor allem Kinder aus Kommunistenfamilien, und viele Jungkommunisten lernten im KJVD wiederum ihre späteren Ehepartner kennen. Die so entstehende »Vererbung politischer Bekenntnisse durch kommunistische Elternhäuser« verstärkte die Tendenz zur Familialisierung des Milieus.<sup>205</sup>

Auf diese Weise wurden zwar »einige Spitzenprodukte des kommunistischen Nachwuchses« herangezogen<sup>206</sup>, jedoch erwies sich der KJVD als Medium zur Mehrheitsbeschaffung in der berufstätigen Jugend als ungeeignet. Kommunistisch akzentuierten Mi-

200 Köster, *Garde*, S. 187.

201 Mallmann, *Kommunisten*, S. 186 ff.

202 Köster, *Garde*, S. 123.

203 Mallmann, *Kommunisten*, S. 189.

204 Köster, *Garde*, S. 186.

205 Mallmann, *Kommunisten*, S. 189.

206 Ebd., S. 192.



lieukontexten fehlte anscheinend der Wille beziehungsweise die Fähigkeit, Sozialisationsinstanzen für die nachfolgende Generation auszubilden. »Vor diesem Hintergrund«, so Weichlein, »überrascht es nicht, [...] daß gerade in der kommunistischen Kultur keine übergenerationelle Milieugemeinschaft zustande kam«.<sup>207</sup>

## VI. INSZENIERTE POLITIK: KOMMUNISTISCHE FEIERTAGE UND SYMBOLE

Politische Symbole dienen der Sinnstiftung, der Integration, der Machtrepräsentation und der Mobilisierung. Ihre Hauptfunktion allerdings ist die Reduktion von Komplexität. Im Hinblick auf die Erringung oder den Erhalt politischer Macht ist daher auch der Kampf um die inhaltliche Besetzung von Symbolen von Bedeutung.<sup>208</sup> Während es im Kampf zwischen Links und Rechts in der Weimarer Republik vor allem darum ging, ob Hakenkreuz- oder rote Fahnen ein Viertel dominierten, ob das Horst-Wessel-Lied oder die Internationale lauter gesungen wurden, waren die Auseinandersetzungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten komplexer, da sie sich bestimmte Symbole teilten und um die Deutungshoheit rangen.

Ein gesteigertes »Bedürfnis nach Symbolik« hat bereits Robert Michels bei der wilhelminischen Arbeiterbewegung ausgemacht.<sup>209</sup> Aktion und Symbole waren insbesondere für die Integration derjenigen Schichten, die nur begrenzten Zugang zu Bildungsinstitutionen hatten, wichtiger als das gesprochene oder geschriebene Wort.<sup>210</sup> In der Welt der Symbole »verdichtete sich die emotionale Qualität der Milieuzugehörigkeit, damit die Vehemenz des Deutungsanspruchs«.<sup>211</sup>

Insbesondere die Symbolpolitik und die Inszenierungsfähigkeit der Nationalsozialisten haben in der historischen Forschung breite Aufmerksamkeit gefunden, ebenso Symbole und Rituale in der DDR und der Sowjetunion. Vergleichsweise wenige Arbeiten beschäftigen sich dagegen mit politisch linker Symbolik in der Weimarer Republik. Erhobene Faust, rote Fahne, die Internationale und Hammer und Sichel waren aber für die (gespaltene) Linke wichtige Identifikationsobjekte. Ob »linke« Feiertage von Sozialdemokraten und Kommunisten gemeinsam begangen wurden oder separat (oder sogar in gewaltsamen Auseinandersetzungen endeten), ob bestimmte Symbole parteiübergreifend genutzt wurden oder der Abgrenzung dienten, sagt außerdem viel über Berührungspunkte und Konflikte der beiden Parteien aus. Bernd Buchner hat mit seiner Dissertation über den Kampf der Weimarer SPD um politische Symbole einen wichtigen Beitrag zur Erforschung der »linken Symbolik« geleistet.<sup>212</sup>

### *Hinaus zum 1. Mai: Feiertage*

Feiertage waren für politische Bewegungen stets ein Anlass, sich auf Kundgebungen und Umzügen öffentlich zu präsentieren. Ihre Bedeutung für die Identität politischer Teilkulturen ist kaum zu überschätzen. Neben der Informationsfunktion, die solche Veranstaltungen

207 Weichlein, Milieu, S. 181.

208 Rüdiger Voigt, Mythen, Rituale und Symbole in der Politik, in: Andreas Pribersky/Berthold Unfried (Hrsg.), Symbole und Rituale des Politischen. Ost- und Westeuropa im Vergleich, Frankfurt am Main 1999, S. 55–72, hier: S. 68.

209 Robert Michels, Psychologie der antikapitalistischen Massenbewegung, in: Grundriß der Sozialökonomik, 9. Abt., 1. Teil, Tübingen 1925, S. 241–359.

210 Manfred Gailus, »Seid bereit zum Roten Oktober in Deutschland!«. Die Kommunisten, in: Lehnert/Megerle, Identität, S. 61–88, hier: S. 62.

211 Tenfelde, Historische Milieus, S. 261.

212 Bernd Buchner, Um nationale und republikanische Identität. Die deutsche Sozialdemokratie und der Kampf um die politischen Symbole in der Weimarer Republik, Bonn 2001.

gen auch hatten, dienten sie vor allem der symbolischen Kommunikation nach innen und außen, der Vergemeinschaftung und Abgrenzung. Sie sollten gleichzeitig integrieren und warnen, werben und einschüchtern. Gleichzeitig waren sie auch »öffentliche Zählappelle« der jeweiligen Lager und können heute als wichtige Indikatoren für die Mobilisationskraft und damit die Milieukohärenz beziehungsweise -erosion dienen.<sup>213</sup> Die ergebnislose Suche nach einem gemeinsamen deutschen Nationalfeiertag während der Weimarer Republik bezeichnen Lehnert und Megerle als exemplarisch dafür, »wie die Problematik einer identitätsstiftenden äußeren und inneren Staatskonstitution zu einer ungelösten ›deutschen Frage‹ werden konnte«.<sup>214</sup>

Die Arbeiterbewegung verfügte schon im 19. Jahrhundert über einen eigenen Festkalender, dessen unbestrittener Höhepunkt der 1. Mai darstellte. Obwohl die Idee des »Weltenmai« 1914 gescheitert war, führten alle linken Parteien auch in der Weimarer Republik die Tradition des 1. Mai fort. Die Rivalität um diesen symbolträchtigen Tag und die im Grunde gleiche Klientel bewirkten, dass der 1. Mai sich als Demonstration nicht mehr nur an beziehungsweise gegen die bürgerliche Öffentlichkeit wandte, sondern sich auch an die konkurrierenden Arbeiterorganisationen richtete – er wurde zu einer »Materialschlacht mit viel rotem Stoff und möglichst langen Fahnenstangen«.<sup>215</sup> Man kann also nicht nur aus reinen Teilnehmerzahlen auf die Mobilisierungskraft der Parteien beziehungsweise Milieus schließen; die Begehung des 1. Mai ist auch ein guter Indikator für das Verhältnis der beiden großen Arbeiterparteien zueinander.

Im Saarland beispielsweise wurde der 1. Mai bis 1923 von beiden Parteien gemeinsam begangen. Unter den Vorzeichen der Radikalisierung marschierten die KPD und ihre Anhänger 1924 separat. Nachdem es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit der Polizei gekommen war, verabredeten ADGB und KPD, die Maidemonstrationen weiterhin gemeinsam durchzuführen. Erst 1930 zerbrach dieses Aktionsbündnis endgültig.<sup>216</sup> Wie so oft waren jedoch auch bei den Maifeiern die regionalen Unterschiede enorm, es ist schwierig, Trends festzustellen und daraus Schlüsse zu ziehen – Eumann bezeichnet die Situation schlicht als »unübersichtlich«.<sup>217</sup> In Berlin kam es 1928 zur bislang größten gemeinsamen Maidemonstration, während der Tag anderswo strikt getrennt begangen wurde. Ob gemeinsam oder getrennt gefeiert wurde, hing nach Ansicht Eumanns einerseits von dem Verhältnis zwischen den Ortsverbänden ab, andererseits auch von den Mehrheitsverhältnissen vor Ort: Beherrschte eine der beiden Parteien klar das Feld, konnte sie dazu neigen, die unterlegene Minderheit von »ihrer« Maifeier auszuschließen. Ein ausgeglichenes Kräfteverhältnis dagegen begünstigte eher gemeinsame Feiern.<sup>218</sup>

Auch der »Blutmai« und die ultralinke Wende 1929 bedeuteten nicht automatisch das vollständige Aus für gemeinsame Kundgebungen, bis 1932 wurde in zahlreichen Orten gemeinsam gefeiert. Dennoch hatten die Ereignisse im Mai 1929 in Berlin Konsequenzen. Erstens bewirkten sie eine klare Kursänderung der KPD-Politik bezüglich der Maifeiern, sie sollten nun auf jeden Fall getrennt begangen werden. Zweitens schreibt ein großer Teil der Forschung dem »Blutmai« eine zentrale Rolle bei der Durchsetzung der Sozialfaschismusthese an der KPD-Basis zu, da er von der KPD-Propaganda zu einer entscheidenden Zäsur stilisiert wurde.<sup>219</sup> Manfred Gailus will in den Ereignissen im Mai

213 Mallmann, *Kommunisten*, S. 220.

214 Lehnert/Megerle, *Einleitung*, S. 11.

215 Mallmann, *Kommunisten*, S. 221.

216 Ebd., S. 221 f.

217 Eumann, *Kohorten*, S. 198.

218 Ebd., S. 199.

219 Vgl. Thomas Kurz, *Arbeitermörder und Putschisten. Der Berliner »Blutmai« von 1929 als Kristallisationspunkt des Verhältnisses von KPD und SPD vor der Katastrophe*, in: *IWK 22*, 1986, S. 297–317.

1929 sogar einen Beweis dafür sehen, »wie gering die politische Integrationskraft dieses Tages« gewesen sei<sup>220</sup>, dabei lässt er sich aber von der offiziellen Darstellung vor allem von kommunistischer Seite täuschen. Denn der Behauptung, dass es »bis auf wenige Ausnahmen bei getrennten Maifeiern von Kommunisten und Sozialdemokraten« geblieben sei<sup>221</sup>, muss widersprochen werden. Insgesamt blieb der 1. Mai eher ein »gemeinsamer Feiertag, jedoch mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen«.<sup>222</sup> Während die SPD in erster Linie einen Feier-Tag im Sinn hatte, versuchte die Führung der KPD, ihre Anhänger auf einen Kampftag einzuschwören. Dies allerdings mit – wenig überraschend – mäßigem Erfolg. Gewerkschaftliche Loyalitäten erwiesen sich häufig als stärker, und insbesondere dem Verbot von abendlichen Tanzveranstaltungen widersetzte sich die Basis beharrlich. Sei es, dass man das Vergnügen selbst organisierte, sei es, dass die KPD-Mitglieder an den sozialdemokratischen Abendveranstaltungen teilnahmen. Zu kurzfristig ist also auch die Behauptung, dass »die Fest- wie die Kampfkompone[n]te dieses Tages sich nun zwischen dem kommunistischen und dem sozialistischen [...] Lager aufteilte«.<sup>223</sup> Mallmann kommt vielmehr zu dem Schluss, dass der 1. Mai zumindest bis 1929 »in seinem vergnüglichen Part – der ›Familienfeier‹ – ein Fest des alten Milieus« geblieben ist.<sup>224</sup>

Wertet man die Teilnahme an den Maidemonstrationen als Milieuindikator, wie Mallmann vorschlägt, auch quantitativ aus, so muss man von einer »schleichenden, seit 1929 dann galoppierenden Erosion« sprechen, die im Kontrast zu den Stimmengewinnen der Kommunisten steht. Mallmann schließt daraus: »Der proletarische Protestwähler votierte zwar mehr denn je für die KPD, aber er entzog sich der Einbindung in das Milieu, war kaum mehr mobilisier- und organisierbar«.<sup>225</sup>

Außer dem 1. Mai gab es noch andere traditionelle Festtage der Arbeiterbewegung, die ebenfalls, abhängig von den regionalen Bedingungen, gemeinsam oder getrennt begangen wurden. Dazu gehörten zum Beispiel der Internationale Frauentag, die Märzfeiern oder der Anti-Kriegstag. Neben den von der Gesamtheit der Arbeiter begangenen Feiern gab es seit 1919 aber auch parteispezifische Feiertage, die die Unterschiede einerseits in der Bewertung der Vergangenheit, andererseits in den Zielen für die Zukunft unterstreichen sollten. Die Sozialdemokraten begingen am 11. August den Verfassungstag und ernteten dafür von den Kommunisten bestenfalls Hohn und Spott – ebenso wie für die Feier des 9. November als Mahntag für ein noch unvollendetes Zukunftsprojekt, das aber durch die Revolution bereits auf den Weg gebracht worden sei. Dem setzten die Kommunisten den 7. November als Jahrestag der Oktoberrevolution entgegen. Durch den Bezug auf die sowjetische Geschichte grenzten sie sich klar von der SPD ab.<sup>226</sup> Die »einzige genuine Feier der KPD« war die LL-Feier<sup>227</sup>, die Mitte/Ende Januar abgehalten wurde. Nach Lenins Tod 1924 wurde sie ausgeweitet zur LLL-Feier. Indem die KPD mit der Erinnerung an die Januarkämpfe 1919 ausgerechnet ihre Republikfeindschaft zum Anlass eines »Andachtsritus« machte und immer wieder an die Umstände erinnerte, unter denen die beiden Gründerfiguren Liebknecht und Luxemburg umgekommen waren, gab sie sich klar antisozialdemokratisch und festigte die Spaltung der Arbeiterbewegung.

220 *Gailus*, Oktober, S. 87.

221 *Arne Andersen*, »Auf die Barrikaden, erstürme die Welt, du Arbeitervolk!«. Der 1. Mai, die Kriegslinke und die KPD, in: *Inge Marßolek* (Hrsg.), 100 Jahre Zukunft. Zur Geschichte des 1. Mai, Frankfurt am Main 1990, S. 121–143, hier: S. 121.

222 *Buchner*, Identität, S. 276.

223 *Andersen*, Barrikaden, S. 131.

224 *Mallmann*, Kommunisten, S. 223.

225 Ebd.

226 Vgl. *Gailus*, Oktober.

227 *Eumann*, Kohorten, S. 192.

Interessant ist Manfred Gailus' Versuch, sich »den Inhalten und Formen der politischen Kultur des kommunistischen Lagers« anzunähern:<sup>228</sup> nicht über die spezifisch kommunistischen Feiertage, sondern über das Maß und die Art der Ablehnung der Feiertage anderer politischer Richtungen. Er greift dazu den Reichsgründungstag (18. Januar), den Verfassungstag (11. August) und den Tag der Novemberrevolution (9. November) heraus und beschreibt auf der Grundlage von Leitartikeln und Berichten der »Roten Fahne« und dreier weiterer kommunistischer Zeitungen, in welchen Maße und ob überhaupt auf die Feiern eingegangen wurde. Gailus kommt zu dem Ergebnis, dass dem »Reichsgründungsummel« am 18. Januar, den insbesondere die Konservativen veranstalteten, vor allem mit »Spott, Sarkasmus und Ironie« begegnet wurde.<sup>229</sup> Die Verfassungs- und Revolutionsfeiern, die fast ausschließlich von der Sozialdemokratie getragen wurden, riefen dagegen viel heftigere Reaktionen hervor und es kam zu direkten kommunistischen Gegenaktionen. So sei es am 11. August 1924 während des ultralinken Kurses der Partei »zu einem erbitterten Kleinkrieg zwischen SPD und KPD um die Vorherrschaft auf den Straßen und Plätzen in der Hauptstadt – zu einem Streit darüber, welche politischen Symbole, Bekenntnisse und Lieder am Abend dieses Verfassungstages das Straßenbild bestimmen sollten«, gekommen.<sup>230</sup>

Gailus' Aufsatz illustriert anschaulich die wichtige Rolle, die Feiertage und politische Symbole in den Auseinandersetzungen zwischen den beiden Parteien gespielt haben. Er trägt jedoch zur Beantwortung der Frage, inwieweit diese Auseinandersetzungen aber eigentlich die Milieus betrafen, wenig bei. Nicht nur fehlen quantitative Angaben zur Beteiligung an den Aufmärschen und Kundgebungen völlig. Obwohl Gailus zu Beginn ausdrücklich klarstellt, dass »die politische Teilkultur der Kommunisten mehr als nur die Parteipolitik im engeren Sinn« umfasst und er ankündigt, deswegen von »Partei und Bewegung [...] oder auch vom kommunistischen Lager oder Milieu« zu sprechen<sup>231</sup>, verlässt er sich zudem ganz und gar auf die Darstellung der Parteipresse und muss so zwangsläufig zu einem stark beschönigten Bild von der kommunistischen Agitation an den genannten sozialdemokratischen Feiertagen kommen. Da er von getrennten Milieus, die den Aufrufen ihrer Parteispitzen folgen und deren Meinung übernehmen, ausgeht, stellt sich für ihn die Frage gar nicht erst, in welcher Form und ob überhaupt die Auseinandersetzungen an der Basis eine Rolle spielten.

#### *Rote Fahne und geballte Faust: Symbole*

Ähnlich wie die Feiertage übernahm die KPD zahlreiche traditionelle Symbole der wilhelminischen Arbeiterbewegung ganz selbstverständlich, da man sich als deren (einzige) legitime Nachfolgerin betrachtete. Diese Symbole konnten so einerseits weiterhin als verbindende Elemente zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten wirken, andererseits machte die KPD der SPD auf diese Weise auch auf symbolischer Ebene Konkurrenz.<sup>232</sup>

Die rote Fahne war bereits seit 1848 ein etabliertes Symbol für den Sozialismus. Ab 1918 versuchte die KPD, sie zu einem spezifisch kommunistischen Symbol zu erklären. Bereits am 9. November 1918 war die erste Ausgabe des späteren KPD-Parteiorgans »Rote Fahne« vom Spartakus-Bund herausgegeben worden. Doch die Monopolisierung der Farbe Rot und der Fahne konnte nicht durchgesetzt werden, auch die Sozialdemokraten beanspruchten sie, neben der schwarz-rot-goldenen Fahne der Republik, weiter für sich.<sup>233</sup>

228 Gailus, Oktober, S. 63.

229 Ebd., S. 67.

230 Ebd., S. 72.

231 Ebd., S. 61.

232 Mallmann, Kommunisten, S. 235.

233 Vgl. Korff, Rote Fahnen, S. 44 ff.

Auch das wohl bekannteste Lied der Arbeiterbewegung, die Internationale, übernahmen die Kommunisten von der wilhelminischen Sozialdemokratie. Indem es zur offiziellen Hymne der jungen Sowjetunion wurde, »annektierten« die Kommunisten das Lied sozusagen, dennoch wurde es auch von den sozialdemokratischen Genossen weiterhin gesungen. Eumann gibt jedoch zu bedenken: »Sozialdemokraten und Kommunisten sangen [...] das gleiche Lied und taten es doch nicht, sangen exakt den gleichen Text und konnten doch mit ihm Unterschiedliches ausdrücken und ganz Unterschiedliches dabei empfinden«.<sup>234</sup> Auch andere Lieder der Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts wurden von den Kommunisten übernommen. Dazu kamen zwar die Übersetzungen russischer Lieder und der KPD sozusagen auf den Leib geschriebene neue Stücke (zum Beispiel 1923 das »Solidaritätslied« von Bertolt Brecht), allerdings beschränkte sich »die Textkenntnis bei den Erwachsenen im wesentlichen auf die bekannten sozialdemokratischen und internationalen Gesänge«<sup>235</sup>, die so als Verbindung zwischen den beiden Lagern der Arbeiterbewegung erhalten blieben.

Der »Riese Proletariat« symbolisierte die geballte Kraft der Arbeiterbewegung auf zahlreichen Plakaten. Seine Wurzeln liegen in der griechischen Mythologie, seine moderne Gestalt geht vermutlich auf den Künstler Mihály Biró zurück.<sup>236</sup> Spätestens seit 1923/24 nahm er eine wichtige Rolle im Figurenrepertoire der KPD ein, jedoch wurde der Riese auch von der SPD und anderen Arbeiterparteien sowie von der NSDAP zur Darstellung von Stärke und Größe genutzt.

Neben den traditionellen Symbolen, die kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter weiterhin als Mitglieder *einer* Bewegung verbanden, sorgte die KPD auch für unverwechselbare, eigene Zeichen. Teilweise übernahmen sie diese von der Sowjetunion, wie zum Beispiel Hammer und Sichel sowie den fünfzackigen roten Stern – auch in dieser Hinsicht war die Orientierung an der Sowjetunion einer der zentralen Unterschiede zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten. Aber auch ein dem deutschen Kommunismus eigenes Symbol bildete sich heraus: Die geballte Faust entstand als Geste erst in der Weimarer Republik. Sie war die Grußform des Roten Frontkämpferbunds. Laut Reglement verband der Gruß den »Ruf »Rot Front«« mit der Gebärde der »Geballten Faust (Handinnenfläche nach vorn) auf senkrecht erhobenem Unterarm«.<sup>237</sup> Zwar gab es auch früher immer wieder Einzelhinweise auf die Faust, aber »ob es sich dabei jeweils um die zum proletarischen Gruß emporgereckte Faust oder um eine spontane Drohgebärde handelte, ist ungewiß«.<sup>238</sup> Die bekannteste Gestaltung der Faust stammt von John Heartfield, der nicht nur den Vorentwurf des offiziellen Emblems des Roten Frontkämpferbunds geliefert hat, sondern der die Faust immer wieder auch als zentrales Motiv für Fotomontagen benutzte. Die Faust diente der Abgrenzung nach außen in Richtung Bürgertum, »dem die geballte Faust als offensiv-militante Drohgebärde erscheinen mußte«<sup>239</sup> – sie wurde aber auch als desintegratives Symbol innerhalb der Arbeiterbewegung eingesetzt, zur Abgrenzung gegen die Sozialdemokraten. Nach dem »Blutmai« 1929 und dem Verbot des Roten Frontkämpferbunds lebte der Faust-Gruß weiter, denn inzwischen war die erhobene Faust zum internationalen Kennzeichen der kommunistischen Bewegung geworden. Gegen Ende der Republik übernahmen sie sogar Teile der SPD-Anhängerschaft, auch die Eiserne Front

234 Eumann, Kohorten, S. 188 f.

235 Gert Hagelweide, Das publizistische Erscheinungsbild des Menschen im kommunistischen Lied. Eine Untersuchung zur Liedpolitik der KPD (1919–1933), Bremen 1968, S. 123.

236 Vgl. Emil Horn, Mihály Biró, Hannover 1996, S. 41 und 186 f.

237 Schuster, Frontkämpferbund, S. 41.

238 Korff, Rote Fahnen, S. 38.

239 Ebd., S. 40.

propagiert nun den Faust-Gruß – allerdings verband sie ihn statt mit dem Ruf »Rot Front« mit dem Ruf »Freiheit«.<sup>240</sup>

Die symbolische Repräsentation der Kommunisten war, wie auch der Festtagskalender, geprägt durch das Nebeneinander von Traditionen, von überlieferten Anlässen und Formen aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und dem Versuch, eigene Wege einzuschlagen, indem man sich teils im Fundus der Bolschewiki bediente und teils eigene Motive und Formen fand.

## VII. KOMMUNISTISCHE PRESSE, LITERATUR UND SCHULUNGEN

Die soziale Funktion, die Vereine und Parteiorganisationen sowie die Identifikation mit bestimmten Symbolen erfüllten, wurde ergänzt durch die kognitive Stütze der kommunistischen Presse, durch Literatur und Schulungen. Das Spektrum reichte von zahlreichen unterschiedlichen Parteiblättern und marxistisch-leninistischen Klassikern über politisch orientierte Arbeiterzeitungen bis hin zu fast ausschließlich unterhaltenden Illustrierten und »Roten Eine-Mark-Romanen«.<sup>241</sup> Bekanntestes Presseorgan war die »Rote Fahne«, die gleichzeitig Zentralorgan der KPD und Berliner Lokalblatt war. Daneben gab es ausschließlich der theoretischen Diskussion gewidmete Organe wie die »Kommunistische Internationale«, Funktionärszeitschriften wie den »Parteiarbeiter« und spezielle Frauenblätter, die allerdings stets ums Überleben kämpfen mussten.<sup>242</sup> Insbesondere der kommunistischen Tagespresse fiel eine entscheidende Orientierungs- und Normierungsfunktion zu. Abonnenten- und Absatzzahlen dieser Blätter sind wichtige Milieuindikatoren, da einem Arbeiter, der »regelmäßig einen Teil seines kargen Einkommens darauf verwendete, sich deren Lektüre zu ermöglichen«, vermutlich ein »hohes Maß an weltanschaulicher Übereinstimmung« unterstellt werden kann.<sup>243</sup>

Dieter Langewiesche hat bereits 1989 die »Leserlenkung« durch weltanschaulich geprägte Volksbildung (insbesondere am Beispiel von Bildungsverein, dem Lektürekanon und Volksbüchereien) zum Thema einer Untersuchung gemacht und kam zum dem Ergebnis, dass die »Volksbildung [...] ein getreues Abbild der fragmentierten deutschen Gesellschaft mit ihren moralisch überhöhten Schranken zwischen den Milieus« war.<sup>244</sup> Zwar geht Langewiesche von den vier großen sozialmoralischen Milieus nach Lepsius aus und fragt nicht gesondert nach der Existenz eines kommunistischen Milieus, er zeigt jedoch, dass sich das Milieukonzept gewinnbringend auf den neu entstandenen Massenmarkt der Druckmedien anwenden lässt und umgekehrt dieser Markt für die bestehenden Milieus von Bedeutung war.

Während sich die Forschung mit den Inhalten der kommunistischen Presseorgane bereits ausführlich beschäftigt hat<sup>245</sup>, fehlen bis heute systematische Untersuchungen zur

240 Karin Steinweh, »Wir schaffen die Eiserne Front«, in: 1933 – Wege zur Diktatur. Ausstellungskatalog der Staatlichen Kunsthalle Berlin und der Neuen Gesellschaft für Bildende Künste, Berlin 1983, S. 86–94, hier: S. 89.

241 Vgl. Hanno Möbius, Der Rote Eine-Mark-Roman, in: AfS 14, 1974, S. 157–211.

242 Vgl. Rolf Surmann, Die Münzenberg-Legende. Zur Publizistik der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung 1921–1933, Köln 1982; Hans-Jürgen Arendt, Die kommunistische Frauenpresse in Deutschland 1917 bis 1933, in: BzG 29, 1987, S. 78–88.

243 Mallmann, Kommunisten, S. 214.

244 Dieter Langewiesche, »Volksbildung« und »Leserlenkung« in Deutschland von der wilhelminischen Ära bis zur nationalsozialistischen Diktatur, in: Internationales Archiv für Sozialgeschichte der deutschen Literatur 14, 1989, S. 108–125, hier: S. 110 f.

245 Vgl. zum Beispiel Manfred Brauneck, Die Rote Fahne. Kritik, Theorie, Feuilleton 1918–1933, München 1973; Arne von Röpenack, KPD und NSDAP im Propagandakampf der Weimarer Republik. Eine inhaltsanalytische Untersuchung in Leitartikeln von »Rote Fahne« und »Der Angriff«, Stuttgart 2002.

Rezeption und damit zu ihrem Einfluss auf die Konsumenten, so dass über ihre Wirkung nur spekuliert werden kann. Dies gilt sowohl für die Parteipresse als auch für überparteiliche, linksorientierte Zeitungen. Eumann zeigt zumindest, dass die Leser durchaus bereit waren zu protestieren oder ihr Abonnement zu kündigen, wenn sie mit den Inhalten der Zeitung nicht einverstanden waren.<sup>246</sup>

Klaus-Michael Mallmann konstatiert für seine Schwerpunktregion von 1928 an eine »Talfahrt« der Auflage der kommunistischen Presse, die zu den ansteigenden Wählerzahlen in deutlichem Gegensatz stand.<sup>247</sup> Reichsweit einen einheitlichen Trend zu beschreiben, scheint kaum möglich, zu groß sind die Unterschiede zwischen den einzelnen Bezirken: Teils lagen die Abonnentenzahlen weit über der Anzahl der Parteimitglieder, teils war das Verhältnis genau umgekehrt. Mallmann versucht trotz der schwierigen Forschungssituation, die zahlreichen unterschiedlichen Daten als Milieuindikatoren zu interpretieren. 1927 erreichte die KPD-Tagespresse reichsweit – gemessen an Auflagezahlen – einen Leserkreis, der mehr als doppelt so groß war wie die Zahl der Parteimitglieder<sup>248</sup>, bis 1931 stieg die Abonnentenzahl, um dann schlagartig abzufallen – damit verhielt sie sich gegenläufig zur Zahl der Parteimitglieder und vor allem der KPD-Wähler. Insgesamt, also auch in Gebieten mit vergleichsweise hohen Auflagen, schien die KPD nie alle Mitglieder und nur einen kleinen Teil ihrer Wählerschaft durch den Bezug der Parteizeitung an sich binden zu können. Diese Daten deuten nach Ansicht von Mallmann »auf eine Erosion, zumindest aber auf eine Lockerung von Milieukontexten in der Weltwirtschaftskrise« hin, vergleichbar mit der nachlassenden Beteiligung am 1. Mai.

»Perspektivlosigkeit und Verzweiflung stärkten das Stimm-, nicht aber das Einflußpotential der KPD; sie verdeckten so die abbröckelnde Milieukohärenz, waren jedoch nur in geringem Maß ideologisch integriert und politisch kanalisiert.«<sup>249</sup>

Dazu kam, dass die Mitglieder häufig zum Beispiel die unterhaltamere »Arbeiter Illustrierte Zeitung« den meisten Parteiblättern »und erst recht den von der Parteiführung herausgegebenen Zeitschriften« vorzogen.<sup>250</sup> Auch die Klassiker des Marxismus-Leninismus wurden »kaum im Original gelesen, bestenfalls in vereinfachenden Broschüren und auch das nur selten«.<sup>251</sup>

Nicht viel besser sah es mit der Rezeption des Schulungsangebots der Partei aus, ungeachtet der enormen Energie, die einige Funktionäre in diese Arbeit steckten. Die KPD-Forschung hat diesen wichtigen Bereich der Kulturarbeit der Partei lange vernachlässigt, es lagen nur einige tendenziöse Arbeiten aus der DDR vor. Erst 2007 erschien mit Carsten Krinns Dissertation eine Monografie. Krinn betont wie Mallmann den Gegensatz zwischen ehrgeiziger »Avantgarde« und Parteibasis. Er kommt zu dem Schluss, dass die Schulungsarbeit der KPD scheiterte, weil sie es nicht verstand, die Kluft zwischen den zumeist aus bürgerlichen Verhältnissen stammenden Propagandisten und den hart arbei-

246 Eumann, Kohorten, S. 209 ff.

247 Mallmann, Kommunisten, S. 214.

248 Jedem Eindruck von einheitlichen Trends, der bei Mallmann entstehen könnte, muss widersprochen werden: Die Auflage der »Roten Fahne« lag in den Jahren 1921 bis 1929 durchschnittlich nur bei 170 % der Berliner Mitgliedschaft, obwohl sie das deutschlandweite Zentralorgan der KPD war, während die Auflage des Bezirksorgans in Oberschlesien 360 % der Mitgliederzahl erreichte; vgl. Eumann, Kohorten, S. 206.

249 Mallmann, Kommunisten, S. 215.

250 Eumann, Kohorten, S. 205.

251 Mallmann, Kommunisten, S. 217. Vgl. auch Reinhard May, Unterhaltung und/oder Bewusstseinsbildung? Zu Intentionen und praktischen Aktivitätsformen kultureller Organisationen der kommunistischen deutschen Arbeiterbewegung nach 1925, in: Mitteilungen aus der kulturwissenschaftlichen Forschung 10, 1987, S. 143–151.

tenden Schülerinnen und Schülern zu überwinden.<sup>252</sup> Die 1925 in Berlin gegründete Marxistische Arbeiter-Schule (MASCH) eröffnete als einziges offenes Bildungsangebot mit den Jahren zwar eine ganze Reihe von Filialen. Die Teilnehmer interessierten sich allerdings vornehmlich für Hobby- und Sportkurse, die Bedeutung der MASCH blieb daher »letztlich doch marginal«.<sup>253</sup>

Das Bild vom ideologisch geschulten Parteisoldaten war also nicht repräsentativ für die KPD-Mitglieder der Weimarer Zeit, Programmatik und Realität kamen auch in diesem Bereich nicht oder nur selten zur Deckung. Den führenden Funktionären schwebte ein »politisch vollkommen auf der Höhe der Beschlusslage befindlicher fleißiger Leser der Parteizeitungen, der Agitationsbroschüren und der theoretischen Literatur« vor<sup>254</sup>, jedoch waren statt marxistisch-leninistischer Theorie »Klasseninstinkt und lokale Moral, Traditionen und örtliche Kräfteverhältnisse« für die Mitglieder entscheidend.<sup>255</sup> Mallmann sieht darin einen Hinweis auf eine schwache Milieukohärenz. Die Tatsache, dass nicht ideologische Indoktrination, sondern tradierte, bereits im Kaiserreich gewachsene Glaubenssätze und Alltagserfahrungen das Bewusstsein der Kommunisten bestimmten, kann aber auch für ein parteiübergreifendes, links-proletarisches Milieu sprechen, denn die ideologischen Gräben zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten konnten sich ohne Schulung nicht vertiefen.

### VIII. FAZIT

Nachdem die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung 1917/18 endgültig auch institutionell besiegelt war, versuchte die KPD, der eigenen Parteiorganisation auch ein eigenes Organisationsmilieu zur Seite zu stellen: Kommunistische Presseorgane und Vereine, eine spezifische Symbolik sowie ein eigener Festkalender schufen durchaus die Möglichkeit einer eigenen kommunistischen Lebenswelt, die all das bot, was im Kaiserreich das sozialistische Milieu ebenfalls geboten hatte. Besonders erfolgreich trennte der Rote Frontkämpferbund die Anhänger der beiden Parteien. Bezeichnenderweise waren die paramilitärischen Verbände ein in der Weimarer Republik neu entstandenes Phänomen ohne Traditionslinie ins Kaiserreich. Allerdings bildete der RFB bald fast eher eine Konkurrenz zur KPD, statt als Vorfeldorganisation zu dienen. Der zweite besonders erfolgreiche Verein, die Rote Hilfe Deutschlands, trug dagegen nicht in großem Ausmaß zur Spaltung der Arbeiterbewegung bei. Eine sozialdemokratische Alternative fehlte lange, und so avancierte die RHD zu einer Organisation, die nicht nur für Kommunisten, sondern auch für parteilose und einige sozialdemokratische Arbeiter attraktiv schien. Abgesehen von diesen beiden Ausnahmen scheiterte sowohl die Übernahme von sozialistischen Vereinen »von unten«, wie sie bis 1928 Programm war, als auch die Spaltung des Vereinswesens nach der zweiten ultralinken Wende.

Vom Vereinsleben abgesehen waren die Betriebe und Gewerkschaften für das Verhältnis von sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern sicherlich am wichtigsten, gleichzeitig stellten sie einen zentralen Schauplatz für den Kampf der beiden Parteien um Vorherrschaft dar. Zwar gelang der KPD hier weitgehend die Abspaltung von den Freien Gewerkschaften, von einer erfolgreichen Reorganisation konnte allerdings nicht die Re-

252 Carsten Krinn, *Zwischen Emanzipation und Edukationismus. Anspruch und Wirklichkeit der Schulungsarbeit der Weimarer KPD*, Essen 2007, S. 580.

253 Dieter Langewiesche, *Politik – Gesellschaft – Kultur. Zur Problematik von Arbeiterkultur und kulturellen Arbeiterorganisationen in Deutschland nach dem I. Weltkrieg*, in: AfS 22, 1982, S. 359–402, hier: S. 382.

254 Eumann, *Kohorten*, S. 205.

255 Mallmann, *Kommunisten*, S. 219.



de sein. Die von Mallmann vertretene These des Konflikts zwischen »Avantgarde« und Basis kann dieses Scheitern einleuchtend erklären: »Unten« war man nicht bereit, die »von oben« (und von Moskau) beschlossenen Kursänderungen ohne Weiteres mitzumachen, zu wichtig waren nachbarschaftliche Beziehungen, persönliche Interessen und Traditionen. Auch gegen die »Durchpolitisierung« der Freizeit wehrte die Basis sich häufig.

Ebenso wie die nachlassende Beteiligung an Maifeiern und anderen Feierlichkeiten weisen auch die rasch sinkenden Absatzzahlen der kommunistischen Presse gegen Ende der Weimarer Republik darauf hin, dass das Milieu in seinen den Alltag prägenden Formen an Bindungskraft verlor. Dass dennoch die Wahlergebnisse der KPD in die Höhe schnellten, zeigt, dass angesichts von Massenarbeitslosigkeit und zunehmender nationalsozialistischer Bedrohung Lebenswelt und politische Handlungsoptionen an Zusammenhang verloren. Dies entspricht weitgehend den Ergebnissen Weichleins:

»Der geringer werdende Organisationsbedarf in der kommunistischen Klientel begünstigte zugleich ihre politischen Wahlerfolge als auch ihre relative organisatorische Stagnation. [...] Unter den Parteimitgliedern und in der Wählerschaft war je länger desto mehr keine Ausdifferenzierung von Interessen und damit auch kein Integrationsbedarf zu erkennen, zu eindeutig waren die lebensweltlichen Vorgaben der Erwerbslosigkeit. Der Weg von den lebensweltlichen Rahmenbedingungen zum politischen Verhalten verlief vielmehr direkt und bedurfte kaum der organisatorischen Vermittlung«.<sup>256</sup>

Ein kommunistisches Sozialmilieu konnte sich vor diesem Hintergrund nur sehr bedingt ausbilden: Vor 1928 dominierten vielerorts die Gemeinsamkeiten der proletarischen Lebenswelten, danach war kein Milieu mehr notwendig, um die Arbeiter zu radikalisieren.

Solche generalisierenden Feststellungen sind jedoch mit äußerster Vorsicht zu genießen. Detlef Schmiechen-Ackermann stellte bereits 1997 für die Widerstandsforschung fest, dass »die Ergebnisse der inzwischen [...] nahezu flächendeckend vorliegenden Lokal- und Regionalstudien [...] bislang meistens unverbunden nebeneinander stehen«.<sup>257</sup> Das gilt bis heute auch für die Erforschung der kommunistischen Milieuzusammenhänge in der Weimarer Republik, trotz Mallmanns Versuch einer großen Sozialgeschichte des Kommunismus. Die von Schönhoven beklagte »Kopflastigkeit« der Kommunismusforschung zu korrigieren, ist selbstverständlich nicht das alleinige Verdienst Klaus-Michael Mallmanns, jedoch ist spätestens seit dem Erscheinen seiner Habilitation die Stalinisierungs-These nicht mehr haltbar, stattdessen wurden zahlreiche neue Fragen aufgeworfen und die Erforschung der Arbeiterbewegung bekam neuen Schwung. Problematisch bei Mallmann ist, wie schon mehrmals festgestellt wurde, der Umgang mit den Quellen – Thesen werden häufig aufgrund einer einzigen lokalen Ausnahme verworfen, zu wenig Gewicht liegt auf der Repräsentativität.

Das Problem, dass aufgrund der unterschiedlichen Quellen fast jede These belegt werden kann, wird in Eumanns Vergleich von fünf Regionen besonders deutlich: Jedem scheinbar gültigen Ergebnis, jedem nationalen Trend kann durch ein regionales Gegenbeispiel widersprochen werden, die repräsentative Region schlechthin gab es nicht. Lokale Traditionen, wirtschaftliche Entwicklungen, die örtlichen Kräfteverhältnisse von Kommunisten und Sozialdemokraten, die Stärke der NSDAP, des bürgerlichen Lagers oder des katholischen Milieus, aber auch die örtlichen Parteiführungen waren es, die auf die Herausbildung eines eigenen kommunistischen Milieus oder den Erhalt eines links-proletarischen Milieus Einfluss nahmen. Auch Mallmann gesteht am Ende seiner Betrachtungen ein, dass eine »abgesicherte Typologie erst das Ergebnis einer vergleichenden, empi-

<sup>256</sup> Weichlein, Sozialmilieus, S. 312f.

<sup>257</sup> Detlef Schmiechen-Ackermann (Hrsg.), Anpassung – Verweigerung – Widerstand. Soziale Milieus, Politische Kultur und der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Deutschland im regionalen Vergleich, Berlin 1997, S. 13.

risch gesättigten Synopse von ›community studies‹ sein kann.<sup>258</sup> Um die notwendigen Vergleiche zu leisten, könnten sich die von ihm herausgearbeiteten vier Milieutypen als hilfreiches Instrument erweisen, wenn man sie, im Sinne Max Webers, als Idealtypen definiert und die historischen Gegebenheiten an ihnen misst. Für mehr Klarheit und Vergleichbarkeit wären konkrete sozialwissenschaftliche Kriterien auch jenseits der Wählerforschung wünschenswert, die Milieuzusammenhänge ›messbar‹ machen könnten. Selbstverständlich können historische Wirklichkeiten nicht dadurch abgebildet werden, dass man sie in ein Zahlenkorsett presst. Aber die zahlreichen unterschiedlichen Maßstäbe, was Milieu eigentlich ausmacht, wer die Kommunisten waren und inwieweit sie sich als zusammengehörig betrachteten, erschweren den Vergleich regionaler Studien erheblich. Auch der Vorschlag Adelheid von Salderns, Arbeitswelt, Vereine und Quartier als drei Milieutypen getrennt zu untersuchen, scheint analytisch sinnvoll, da auf diese Weise mit deutlich übersichtlicheren Untersuchungseinheiten gearbeitet werden kann.<sup>259</sup> Die Möglichkeiten der Geschichtsschreibung des Weimarer Kommunismus ›von unten‹ betrachtet sind also längst nicht ausgeschöpft: »Die vergleichende Analyse des Kommunismus außerhalb der SU steckt in den Kinderschuhen.«<sup>260</sup>

---

258 Mallmann, *Kommunisten*, S. 385.

259 Ausführlich: Adelheid von Saldern, *Sozialmilieus und der Aufstieg des Nationalsozialismus in Norddeutschland (1930–33)*, in: Frank Bajohr (Hrsg.), *Norddeutschland im Nationalsozialismus*, Hamburg 1993, S. 20–54, hier: S. 21 ff.

260 Till Kössler, *Partei, Bewegung und Lebensform. Neuerscheinungen zur Geschichte des Kommunismus in Deutschland*, in: AFS 45, 2005, S. 599–614, hier: S. 613.